



Franz Neubauer:

### Erster Entbürokratierer feierte 75. Geburtstag

Bei den Kommunalpolitikern ist der Jubilar unvergessen, seit er als damaliger Innenstaatssekretär die „Neubauer-Kommission“ leitete.

Seite 3



Dr. Georg Sinnacher:

### Förderung der Heimatkultur

Der Altbezirkstagspräsident kritisiert den Umstand, dass „freiwillige“ kulturelle Leistungen der Pflicht der Sozialaufgaben weichen müssen.

Seite 3



Luitpold Braun:

### Kommunen dringend entlasten!

„Hartz IV hat die Kommunen de facto zu Sozialleistungsträgern gemacht“, betonte der KPV-Landesvorsitzende in Königsdorf.

Seite 15

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 19. Mai 2005

56. Jahrgang / Nummer 10

Bayerischer Landkreistag in Neutraubling:

## Flammendes Plädoyer für ländlichen Raum

Energische Fürsprache zugunsten einer Stärkung des ländlichen Raums hat der Präsident des Bayerischen Landkreistages, der Chamer Landrat Theo Zellner, bei der Jahresversammlung des Verbandes in Neutraubling, Landkreis Regensburg, gehalten. Wichtigster Ansatz für eine positive Entwicklung müsse eine neue Aufgabendefinition für die ländlichen Räume sein: „So wenig wie Silicon Valley ein Stadtteil von Los Angeles ist, so wenig ist der Landkreis Regensburg ein Randbezirk des Oberzentrums, so unsinnig ist es, wenn in Frankfurt am Main über Stadtkreise nachgedacht wird“, betonte Zellner.

Der ländliche Raum definiere sich als attraktiver Lebensraum und dynamischer Wirtschaftsraum. Es sei höchste Zeit, dass eine aktive Landesentwicklung die Zeichen richtig setzt, um der

es gelingt, regionale Managementstrukturen zu beleben und zu institutionalisieren.“

Der ländliche Raum, so der Präsident, habe Anspruch auf die Schaffung einer ausreichenden

Infrastruktur einschließlich Datenautobahnen und Mobilfunknetzen. Keine Denkverbote dürfe es bei der Ansiedlung staatlicher oder öffentlicher Behörden und Bildungseinrichtungen auf dem Land geben. Weil für die regionale Entwicklung geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssten, setze er, Zellner, sich für ein Programm namens Serviceeinheit Bayern Regional ein, dessen Ziel es sei, alle regionalen Akteure zu vernetzen und alle Fäden zu bündeln.

### Serviceeinheit Bayern Regional

Auf die allgemeine Finanznot eingehend, meinte der Landkreistagschef, dass weder in den Parlamenten noch bei „politischen Ersatzveranstaltungen“ in den großen Talkshows die Kommunalpolitik und die desolaten Kommunalfinanzen eine Rolle spielten. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sparen bei den politisch Verantwortlichen bedeute, Kosten nach unten zu verschieben. Was dort an Belastungen ankomme, schere dann niemanden. Die Kommunen könnten nicht mehr investieren, weil sie finanziell am Ende

seien und Hilfe vom Bund und vom Land ausbleibe. Um 32 Prozent sei die Investitionsquote in den vergangenen drei Jahren zurück gegangen - mit der Folge, dass die Kommunen keinen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur leisten könnten, so der Präsident. Zwischen 2002 und 2003 hätten die bayerischen Kommunen neue Schulden in Höhe von fast zwei Milliarden Euro machen müssen.

### Kostenexplosion

Zellner zufolge ist in Zeiten leerer Kassen, mangelnder Beschäftigung und ausbleibenden Wirtschaftswachstums die Kostenexplosion gerade bei den Sozialausgaben durch entsprechende Einsparungen einzudämmen: „Wenn das Wünschenswerte nicht mehr finanzierbar ist, muss man sich mit der Unterstützung des kommunalen Entlastungsgesetzes auf neue Wege begeben.“

Nachdem Regensburgs Land- (Fortsetzung auf Seite 4)



Zahlreiche bayerische Gemeinden beteiligten sich mit eigenen Gedenkveranstaltungen an der Aktion „Bücher aus dem Feuer“. Unsere Aufnahme entstand in der Bayerischen Staatsbibliothek. Gerhard Schmitt-Thiel, Suzanne von Borsody, Dr. Manfred Hank, Ricci Hohlt und Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel (v. l.) lasen aus den Werken von Autoren, die während der Nazizeit verboten und verbrannt worden waren. Die Bayerische Gemeindezeitung berichtet in ihrer nächsten Ausgabe ausführlich darüber.

### Europawoche 2005:

## Europa erleben und gestalten

Bereits zum elften Mal seit 1995 veranstalteten alle Länder in Deutschland vom 30. April bis 9. Mai 2005 gemeinsam die Europawoche mit einem vielfältigen Angebot an politischen und kulturellen Veranstaltungen zum Thema Europa. Die Europawoche stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der Diskussion um die Europäische Verfassung. Das Motto lautete: „Europa in guter Verfassung!“

Die diesjährige Europawoche machte deutlich, dass eine Vielzahl aktueller Themen dem Bürger „auf den Nägeln brennt“. Die Feinstaubrichtlinie, mehr Beschäftigung und die geplante Öffnung der Dienstleistungs-

märkte sind nur einige Beispiele. Dass diese Themen kontrovers diskutiert wurden und werden, ist nur verständlich. Um so erfreulicher ist es, dass sich die Bürger im Rahmen der Europawoche landauf, landab aktiv einbrachten und am „Erlebnis Europa“ teilnahmen.

### Themenreichtum

Bayernweit fanden mehr als 200 Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Vorträge, Stadtführungen und Ausstellungen statt. Sie boten den Bürgerinnen und Bürgern neben politischen Bildungsangeboten auch die Gelegenheit, die Vielfalt Europas in Kunst, Kultur und Wissenschaft zu erleben. Bundesweit stellten Bundesländer und Kommunen ebenso wie Informationszentren, Stiftungen und Vereine über 1000 Veranstaltungen auf die Beine, um Europa präsent zu machen. Die europäische Verfassung ist nur ein Beispiel, wie sich die Europäische Union kontinuierlich verändert. In diesem Wandel hat sich Europa durch- aus weitreichende Ziele gesteckt.

Die Lissabon-Strategie will die europäische Wettbewerbsfähigkeit international stärken und die Beschäftigungsquote in Europa erhöhen.

Die Fülle an Themen, mit der sich der Freistaat Bayern konkret auseinandersetzt, spiegelt die Vielfalt des geinten Europas (Fortsetzung auf Seite 4)



Auf dem Podium des Bayerischen Landkreistags (v. l.): Vizepräsident Roland Schwing, Landtagspräsident Alois Glück, Landratspräsident Theo Zellner und Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Urbanität eine gleichwertige Raumentwicklung beizugeben, fuhr Zellner vor rund 350 Spitzenvertretern der 71 bayerischen Landkreise fort.

### Bausteine der Demokratie

Zentralität werde schnell zum Selbstläufer, vor allem in schwierigen Zeiten, während Dezentralität errungen werden müsse. Die Politik sei gut beraten, die kleine Einheit als Baustein auf den Säulen Demokratie, Sozialstaat und Wirtschaftskraft wieder zu entdecken. Zellner: „Es wird zu einer Zukunftsfrage Bayerns, ob

### Internationaler Museumstag:

## Museen bauen Brücken

Am 8. Mai wurde der Internationale Museumstag weltweit zum 28. Mal gefeiert. Vom Internationalen Museumsrat ICOM 1977 ins Leben gerufen, will diese Initiative Museen und ihren Mitarbeitern in aller Welt die Möglichkeit bieten, gemeinsam auf die Bedeutung ihrer Arbeit als Beitrag zum kulturellen und gesellschaftlichen Leben hinzuweisen.

Auch der diesjährige Internationale Museumstag zum Thema „Museen bauen Brücken“ („Museums bridging Cultures“) unterstrich die wichtige Rolle der Museen als Forum der Begegnung und des Dialogs.

„Museen bauen Brücken“ - zu den Besuchern ihres Hauses ebenso wie zu unterschiedlichen Partnern und Freunden der Museen und selbstverständlich eröffnen die Museen Zugänge zu fremden Kulturen wie auch zur

eigenen Geschichte. Museen bauen aber auch Brücken zwischen benachbarten Institutionen und fachlichen Disziplinen. Dabei stehen sie im Zentrum einer breit gefächerten kulturellen Landschaft und eines vielfältigen Netzwerks, dessen Entwicklung sie aktiv mitgestalten. Vielleicht war es am Museumstag aber auch lohnend, im Museum selber zu überlegen, inwiefern das Thema des Brücken-Baus relevant ist oder zwischen Museum und Besucher interpretiert werden könnte.

### Spiegel der Geschichte

Am 8. Mai jährte sich auch zum 60. Male das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Als Spiegel der Geschichte und Zeitgeschichte haben viele Museen und Gedenkstätten auch etwas zur Erinnerung an diese Katastrophe des 20. Jahrhunderts beizutragen. Sie dokumentieren aber auch den Bau von neuen Brücken zu Menschen und Ländern bei der Gestaltung einer besseren Zukunft. Das internationale Thema, „Museums bridging Cultures“, ist vor diesem Hintergrund auch sehr frei übersetzt worden. „Museen bauen Brücken“ - zwischen Kulturen, (Fortsetzung auf Seite 2)



Setzt auf bürgerschaftliches Engagement auch in der jungen Generation: Bayerns Sozialministerin Christa Stewens beim Kommunalpolitikertag der Jungen Union (vgl. Bericht Seite 4). Unser Bild zeigt die Ministerin gemeinsam mit Georg Rohleder, Thomas Huber und dem JU-Landesvorsitzenden Manfred Weber (v. l.).



Auch Stadträte haben oft geniale Einfälle. Erst jüngst hatte Dr. Claudia Elfer die zündende Idee, dass im Städtchen künftig Einbürgerungsfeiern abgehalten werden sollten. Bislang entsprach der Grad der Feierlichkeit eines solchen Akts eher der Zuteilung eines neuen Nummernschilds fürs Auto. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postretreibsbecht - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Plädoyer für „solidarische Leistungsgesellschaft“	2
Digitalfunk: Wer zahlt?	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Vorfahrt für Arbeit?	3
Einheitliche Vergütung für bayerische Krankenhäuser	3
GZ-Fachthemen: Kommalfahrzeuge	5 - 9
Abfall - Recycling	10 / 11
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 16

Grundsatzdiskussion:

## Plädoyer für „solidarische Leistungsgesellschaft“

Landtagspräsident Alois Glück vor der Bayerischen Vertretung in Berlin

„Lähmender Pessimismus liegt wie ein Mehltau über unserem Land. Ich glaube, dass dieser Pessimismus mittlerweile unser größtes Problem ist. Ohne gesundes Selbstvertrauen ist allerdings kein neuer Aufbruch möglich“, so Landtagspräsident Alois Glück vor der Bayerischen Vertretung in Berlin. Eine „solidarische Leistungsgesellschaft“ sei die Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellenbogengesellschaft - „ein Beitrag, für die Reformpolitik in Deutschland ein übergreifendes Leitbild zu finden und aus der Verengung der rein ökonomischen Diskussion heraus zu kommen“.

Erfolgreiche Politik braucht nach Glücks Überzeugung „die richtige Verbindung von grundsätzlicher und konzeptioneller Orientierung mit konkretem und manchmal auch sehr pragmatischem Handeln“. Dieser Vorschlag fuße auf den Begriffen Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Heimat.

### Wettbewerb der Ideen

In punkto Leistung mahnte der Landtagspräsident Rahmenbedingungen an, die einen Wettbewerb der Ideen und Initiativen ermöglichen. Hinzu komme, dass Politik faire Regeln für diesen Wettbewerb definieren und in der jeweils richtigen Weise Innovationen fördern muss. Um die Leistungsfähigkeit zu steigern, spiele zudem das Subsidiaritätsprinzip eine ganz wichtige Rolle.

### Sozialkultur

Beim Thema Solidarität wiederum sei das eigentlich Grundlegende die Frage der Sozialkultur im Land und nicht nur die Auseinandersetzung mit den finanziellen Transfersystemen und deren möglichst intelligenter oder raffinierter Ausgestaltung. Hier werde das Bürgerschaftliche Engagement, auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein einer zeitgemäßen Sozialstaatskonzeption sein, prognostizierte Glück und unter-

mauerte seine Aussage am Beispiel Bürgerkulturpreis, den der Bayerische Landtag seit etwa fünf Jahren ausschreibt. Hier werde „lebendige Humanität“ deutlich. Es werde nicht nur Leistung zur Verfügung gestellt, sondern es wachse auch wieder Mitverantwortlichkeit.

Stichwort Subsidiarität: Die konsequente Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzip ist nach Glücks Worten in allen Aufgabebereichen der Politik „der Generalschlüssel zur Revitalisierung unseres Landes, wenn wir es zu einer durchgängigen Handlungsmaxime machen“. Das Subsidiaritätsprinzip sei trotz wohlwollender Einstellung allenthalben zunächst aus Gründen der Machfrage schwer umsetzbar. Der zweite Grund bestehe darin, „dass wenn wir mehr Wettbewerb der Ideen zulassen, es zumindest innerhalb der gesteckten Gesamtrahmens, mehr Ungleichheit gibt“. Und dies gehe natürlich gegen das Gleichheitsideal, gegen eine prägende Vorstellung von Gerechtigkeit.

### Gemeinsame Werte

Bei der vierten Säule Heimat gehe es schließlich im Kern um das Zuhause in einer unübersichtlich globalen Welt. Die vitale, leistungsbereite und solidarische Gesellschaft brauche eine feste Verankerung in der eigenen Kultur und Identität, in gemeinsamen Werten. Das gelte für das kulturelle Leben, insgesamt für

die Lebensqualität, „aber es gilt insbesondere deshalb, weil gerade in Zeiten ständiger Veränderungen diese Beheimatung, die Orientierung im eigenen Lebensraum, das irgendwo zu Hause sein, Wurzeln haben in Geschichte, Tradition, Kultur, Gemeinschaft, eine wichtige Orientierung bietet“, so der Landtagspräsident. Dies sei in der heutigen Zeit besonders wichtig. In diesem Sinne hält Glück einen

## Digitalfunk: Wer zahlt?

Gemeindetag lehnt kommunale Kostentragung ab

Bund und Länder wollen Polizei, Bundesgrenzschutz, Zoll, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Feuerwehren künftig mit einem digitalen Sprech- und Datenfunksystem ausstatten. Das bisherige Analog-Funknetz soll abgelöst werden.

Nutznießer des neuen Systems werden vor allem Polizei und Rettungsdienst sein, weil der Digitalfunk Abhörsicherheit und schnellere Datentransfers gewährleistet. Die gemeindlichen Feuerwehren dagegen profitieren kaum von der neuen Technik. Dennoch befürchtet man beim Bayerischen Gemeindetag, dass die Gemeinden zur Finanzierung des Digitalfunks herangezogen werden sollen. Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, fordert daher: „Die Kosten für die neue Digitalfunktechnik müssen Bund und Länder allein tragen, weil in erster Linie deren Behörden und Einrichtungen davon profitieren.“

Von rund 7 Milliarden Euro Investitionskosten gehen Bund und Länder für die Umstellung aus. Allein auf den Freistaat Bayern werden Kosten in Höhe von ca. 700 Millionen Euro zu-

„reflektierten Patriotismus“ für besonders wichtig, wobei eindeutig zu unterscheiden sei zwischen Patriotismus und Nationalismus.

### Den Aufbruch mobilisieren

Fazit: „Wer Zustimmung und Gefolgschaft will, muss Sinn vermitteln. Dieser alte Grundsatz gilt sicher auch in der Führungsaufgabe der Politik gegenüber der Gesellschaft. Eine nur auf ökonomische Fakten orientierte Politik kann den Aufbruch nicht mobilisieren. Eine solche Welt ist für die Menschen kein lohnendes Ziel, für das man seine Kräfte einsetzt. Dafür nimmt man das unabwiesbar Notwendige hin, mehr aber nicht“, so Glück zum Abschluss seiner Ausführungen. **DK**

## Leserbrief an die GZ

Senioren in der Gemeinde - im kommunalpolitischen Ruhestand?

Mit großem Interesse habe ich den Bericht in der GZ über die Fachtagung „Altern auf dem Lande“ in Ansbach mit der Überschrift „Potenzial der über 60-jährigen nicht verschleudern!“ gelesen. Zahlreiche gute Vorschläge für eine bessere Betreuung der Senioren zwischen 60 und 85 und wie man sie sinnvoll beschäftigen könnte, kamen dort zur Sprache. Die Feststellung der zu erwartenden Verdoppelung des Anteils der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung bis 2030 fand ich ebenso interessant wie den Hinweis, dass Kommunalwahlen künftig wohl hauptsächlich von den älteren Wählerinnen und Wählern entschieden werden.

Dankbar muss man als Angehöriger dieser Altersgruppe feststellen, dass auf der Tagung auch nicht unerwähnt blieb, dass wir „anders als früher noch leistungsfähig und leistungsbereit“ sind und zudem über Kompetenz und Lebenserfahrung verfügen, die man nutzen sollte. In der Wirtschaft und im Handwerk geschieht das in zunehmendem Maße. Die Idee der Aktivsenioren hat gut eingeschlagen. Ihr Wissen und ihre Erfahrung wird gerade auch von Existenzgründern gerne genutzt. Ganz anders ist es in den meisten Kommunalparlamenten. In Stadt- und Gemeinderäten und auch in den Kreistagen findet man, wenn überhaupt, nur sehr vereinzelt Vertreter der älteren Generation. Die über 60-Jährigen sind dort ebenso spärlich vertreten wie die unter 30-Jährigen. Die kommunale Selbstverwaltung liegt bei uns in den Händen der 30- bis 60-Jährigen, sie wissen anscheinend am besten, was für die Alten und die Jungen gut ist! In den Führungsgremien unserer demokratischen Parteien sieht es leider auch nicht viel anders aus. Dass unsere Senioren wichtige Stützen im Vereinsleben unserer Gemeinden sind, wird dankbar angenommen, ebenso dass sie

## Museen bauen ...

(Fortsetzung von Seite 1) aber auch zwischen Ländern und Menschen.

Zahlreiche Museen - von den Heimat- und Regionalmuseen bis hin zu den großen staatlichen Einrichtungen - folgten dem Aufruf mit Aktionen wie Sonderführungen, einem Blick hinter die Kulissen, Workshops, Museumsfesten oder langen Museumsnächten. So boten allein in Bayern über 300 Museen ihren Besuchern Besonderes. Die breite Palette reichte von Museumsfesten, langen Nächten, Sonderführungen und Ausstellungenseröffnungen bis hin zu phantastischen Programmen für Kinder oder die ganze Familie - und das oft bei freiem Eintritt.

So wurde im oberpfälzischen Waldmünchen ein tschechischer Wachturm als Außenexponat des Grenzland- und Treckmuseums im Rahmen eines bayerisch-böhmischen Fests der Öffentlichkeit vorgestellt. In Bad Tölz widmete das Heimatmuseum dem Thema „Brücken“ eine Ausstellung, verwies in Lesungen auf die NS-Zeit im Landkreis und führte den Filmklassiker „Die Brücke“ aus dem Jahr 1952 vor.

### Brücke zum Kosmos ...

Das Museum im Koffer/Kindermuseum Nürnberg lud Kinder und Familien unter dem Titel „Raumfahrt - Die Brücke zum Kosmos“ zu Experimenten rund um die Lebensbedingungen im Weltall ein. In Waldsassen (Oberpfalz) wiederum führte eine gegenseitige „Museumstour“ Bewohner von Cheb/Eger und Waldsassen in die jeweils ande-

ren Museen. Das Heimatmuseum Oettingen in Schwaben eröffnete seine neue Dauerausstellung „1945 - Ende und Anfang“. Synagoge und Jüdisches Museum in Ermreuth (Oberfranken) boten Führungen auf dem jüdischen Friedhof, aber auch humorvolle Zaubereien für Kinder und Erwachsene.

### ... und in die Vergangenheit

Im Museum für Abgüsse Klassischer Bildwerke in München verbanden wissenschaftlich rekonstruierte Tänze aus der Zeit um 1700 mit antiken Motiven die Zeit der Antike und des Barock. Das Römer und Bajuwaren Museum Kipfenberg (Oberbayern) veranstaltete eine „Modenschau der Zeiten: Römer, Germanen und Kelten“. Im Historischen Museum Regensburg lud der „Zwilling“ des „Bruckmandls“ von der Steinernen Brücke Kinder zu Brückengeschichten und Brückenbauten ein.

Die Ausstellung „100 Jahre Stadtmuseum Ingolstadt“ zeigte die Neuerwerbungen, Schenkungen und Stiftungen aus über dreißig Jahren und dokumentierte den großen Sammlungs- und Dokumentationsbereich des Stadtmuseums. Die Museen des Landkreises Neu-Ulm schließlich boten in Zusammenarbeit mit dem Weißenhormer Heimatmuseum und dem Heimatmuseum Illertissen bei freiem Eintritt kostenlose Führungen, Vorträge und eine Lesung an. „Wir wollten mit unserem Programm Brücken bauen zu den vielfältigen Spezialthemen unserer Museen“, so Walter Wörtz, Leiter der Landkreis-Museen. **DK**

### Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz:

## Schaidinger warnt vor Verwässerung des Entwurfs

Landtag soll Gesetz ohne Aufweichungen beschließen

Abgelehnt hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Überlegungen der CSU-Landtagsfraktion in den Gesetzentwurf über ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz einen auf drei Jahre beschränkten Bestandsschutz für nicht mehr bedarfsnotwendige Kindertagesstätten aufzunehmen. Schaidinger: „Eine solche Regelung würde sinnvolle Entscheidungen in den Kommunen letztendlich unmöglich machen“.

Kernstück des neuen Gesetzes ist die Umstellung des Fördersystems. Künftig wird nicht mehr die jeweilige Kindergartenpauschale pauschal gefördert, sondern das einzelne Kind und die Zeit, die es im Kindergarten verbringt. Die Städte und Gemeinden sind aufgefordert, den Bedarf an Kinderbetreuungsstätten vor Ort konkret festzulegen. Schaidinger: „Was hat es für einen Sinn, den Bedarf zu ermitteln, wenn mit dem jetzt geforderten Bestandsschutz die Umsetzung blockiert wird?“

Für finanziell problematisch hält es der Städtetagsvorsitzende, die im Gesetzentwurf vorgesehene Gastkinderregelung zu ändern. Nach den Vorstellungen der CSU-Landtagsfraktion sollen die Kommunen in ihren Kindergärten Gastkinder aus anderen Gemeinden noch drei Jahre finanzieren müssen, ohne dafür einen Kostenersatz von der Wohnortgemeinde zu bekommen. Schaidinger: „Aus der Sicht der Kinder eine durchaus mögliche, aus Sicht der Städte keine vorteilhafte Regelung. Aber wenn der Freistaat diese großzügige Regelung will, dann muss er auch für die Kosten aufkommen“.

Insgesamt wird vom Bayerischen Städtetag das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz begrüßt. „Es bietet die Chance für eine am individuellen Betreuungs- und Bildungsbedarf des einzelnen Kindes zugeschnittene Förderung“ heißt es in einer Presseerklärung des Verbandes. Dies komme den Kindern zugute, weil z. B. die Sprachförderung intensiviert werden kann. Für den Träger der Kindertagesstätten bringe das Gesetz mehr Gerechtigkeit, weil er umso mehr Fördermittel bekommt, je länger er die Kinder betreut. Der Städtetag appelliert deshalb an den Bayerischen Landtag, den Gesetzentwurf zu beschließen. **SK**

## Wir gratulieren

### Senioren in der Gemeinde - im kommunalpolitischen Ruhestand?

bei der Vorbereitung von Festen und bürgerschaftlichen Aktivitäten aller Art die zuverlässigsten Helfer sind. Entscheidungen über ihre Belange, die im kommunalen Bereich eine immer größere Rolle spielen, werden aber weitgehend ohne sie getroffen. Für Landräte und hauptamtliche Bürgermeister besteht verständlicher Weise eine Altersgrenze, aber mitdenken und mitreden in den Entscheidungsgremien könnten recht gut auch Frauen und Männer, die schon das Pensionsalter erreicht haben und die zudem auch noch über mehr Zeit verfügen, um sich entsprechend vorzubereiten und zu informieren, ganz abgesehen von ihrer Erfahrung. Sicher sind unter uns Älteren auch viele, deren geistige Leistungsfähigkeit allmählich nachlässt, aber auch die Jüngeren sind nicht alle für den Gemeinderat brauchbar. Dass auch über 65-Jährige noch in der Lage sind, im öffentlichen Leben erfolgreich tätig zu sein, dafür gibt es nicht nur im kommunalen Bereich genügend Beispiele.

Für künftige Kommunalwahlen müssen sich die Wahlstrategen im eigenen Interesse Gedanken machen, wie man die ältere Generation stärker in unsere kommunalen Selbstverwaltungsorgane einbinden kann. Man kann eine ganze Generation nicht auf die Dauer weitgehend von Entscheidungen über ihr Lebensumfeld ausschließen. Nicht nur ihre wachsende Zahl, sondern auch ihre überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung führt dazu, dass Wahlen in unseren Städten und Gemeinden künftig tatsächlich von den über 60-Jährigen entschieden werden. Diese erwarten aber auch, dass ihre Generation auf den Wahllisten angemessen und aussichtsreich vertreten ist und nicht nur durch ein paar Alibi-Kandidaten irgendwo weit hinten. **Lambert Huber, Bürgermeister a. D. Buch am Erlbach**

Dankbar muss man als Angehöriger dieser Altersgruppe feststellen, dass auf der Tagung auch nicht unerwähnt blieb, dass wir „anders als früher noch leistungsfähig und leistungsbereit“ sind und zudem über Kompetenz und Lebenserfahrung verfügen, die man nutzen sollte. In der Wirtschaft und im Handwerk geschieht das in zunehmendem Maße. Die Idee der Aktivsenioren hat gut eingeschlagen. Ihr Wissen und ihre Erfahrung wird gerade auch von Existenzgründern gerne genutzt.

Ganz anders ist es in den meisten Kommunalparlamenten. In Stadt- und Gemeinderäten und auch in den Kreistagen findet man, wenn überhaupt, nur sehr vereinzelt Vertreter der älteren Generation. Die über 60-Jährigen sind dort ebenso spärlich vertreten wie die unter 30-Jährigen. Die kommunale Selbstverwaltung liegt bei uns in den Händen der 30- bis 60-Jährigen, sie wissen anscheinend am besten, was für die Alten und die Jungen gut ist! In den Führungsgremien unserer demokratischen Parteien sieht es leider auch nicht viel anders aus.

Dass unsere Senioren wichtige Stützen im Vereinsleben unserer Gemeinden sind, wird dankbar angenommen, ebenso dass sie

Wir gratulieren	
<b>ZUM 70. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Felix Braun 97711 Thundorf am 23.5.	Bürgermeister Rudolf Braun 91367 Weißenhohe am 29.5.
<b>ZUM 65. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Lorenz Kebinger 83564 Soyen am 7.6.	<b>ZUM 50. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Fritz Wühr 94249 Bodenmais am 23.5.
<b>ZUM 60. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Hartwig Hagenguth 82284 Grafrath am 7.6.	Bürgermeister Karl Höchner 97320 Großlangheim am 23.5.
Bürgermeister Robert Dotzauer 92676 Eschenbach i. d. Opf. am 24.5.	Bürgermeister Norbert Bayerl 94541 Grattersdorf am 24.5.
<b>ZUM 55. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Siegfried Steckenbiller 84171 Baierbach am 3.6.	Bürgermeister Georg Bruckner 94234 Viechtach am 25.5.
Bürgermeister Erich Kunder 91740 Röckingen am 3.6.	Bürgermeister Fritz Franke 91614 Mönchroth am 28.5.
Bürgermeister Georg Schmid 91249 Weigendorf am 5.6.	Bürgermeister Anton Knapp 85080 Gaimersheim am 31.5.
Bürgermeister Karl Schlosser 89352 Ellzee am 7.6.	Bürgermeister Josef Buchner 82404 sindelsdorf am 31.5.
Bürgermeister Anton Ferber 86653 Monheim am 10.6.	<b>ZUM 45. GEBURTSTAG</b> Bürgermeister Werner Fischer 93170 Bernhardswald am 10.6.
Bürgermeister Erwin Osterhuber 86495 Eurasburg am 11.6.	Bürgermeister Josef Taffertshofer 82409 Wildsteig am 28.5.
Bürgermeister Georg Rauchenberger 83671 Benediktbeuern am 26.5.	Bürgermeister Thomas Hartmann 87477 Sulzberg am 29.5.

Die kommunale Verfassungspflichtaufgabe:

## Förderung der Heimatkultur

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

In Bayern überbieten sich in den kommenden Monaten die Angebote an kulturellen Highlights, musikalischen Kultursommern, Festivals. Kurzum die Events übertreffen sich, auch aus Marketing-Gründen lokaler oder regionaler Art. In Bayern scheint es Kultur über Kultur zu geben. Viele Firmen von Welt-rang haben den Wert des Kultursponsorings erkannt. Was für ein Glücksumstand für den bayerischen Standort! Blüht also der Kulturstaat Bayern? Gleichzeitig erfährt die Kulturförderung durch Bezirke, Landkreise und Gemeinden gewaltige Kürzungen, weil angesichts der sozialen Überforderung der Gebietskörperschaften die „freiwilligen“ kulturellen Leistungen der Pflicht der Sozialaufgaben weichen müssen. Was für ein Irrtum!

Unser bayerischer Staat ist Sozial- und Kulturstaat in einer untrennbaren Einheit. Die Gleichwertigkeit beider Staatsdefinitionen wird häufig verkannt. Kann man überhaupt die Highlights - Kultur von der kulturellen Bodenpflege der Laien-, Heimat-

bayerischen Bezirke haben den verpflichtenden Verfassungsauftrag, die innerbayerische Regionalkultur zu fördern und zu entwickeln. Regionalkultur ist Heimatkultur. Ihre Pflege ist im Rahmen der zunehmenden Europäisierung eine Zukunftsauf-

pflicht zugunsten der Bezirke.

### Innerbayerische Kulturregionen

Eine Besinnung auf diesen verfassungsrechtlichen Vorrang muss sich auch in den Haushaltsplänen auswirken, zumal diese Ausgaben im Gesamthaushalt der Bezirke angesichts der Sozialausgaben nur marginal sind. Die Förderfunktion für die Regionalkultur ist übrigens ein außerordentlich wichtiges Argument für die Notwendigkeit der Bezirke, auch in Zukunft. Die Bedeutung der Kultur im Aufgabenspektrum der Bezirke dient der notwendigen Bewahrung der innerbayerischen Kulturregionen in einem Europa der Vielfalt. Ein solches und nicht das der Nationen wird die europäische Zukunft heimatisch prägen.

Nicht jede Art kultureller Angebote unterliegt der kommunalen Förderpflicht. Die besondere Stellung der Regionalkultur, die weitgehend auf der aktiven Laienkultur beruht, ergibt vor allem für die Bezirke eine Schutz- und Förderpflicht aus der Bayerischen Verfassung. Welche weitsichtige Vision bewog die bayerischen Verfassungsväter, als sie die regional-heimatliche Kulturpflege zu den Pflichtaufgaben überörtlicher Gebietskörperschaften erhoben hat! Was für eine zukunfts-widrige Stellung droht der ehrenamtlichen Laienkultur in Bayern, wenn die Anerkennung durch öffentliche Bezirks- und Landkreismittel erlischt oder substantiell gesenkt wird! Wer die Kleinteiligkeit der regionalen Heimatkultur durch den Entzug von Fördermitteln zerstört, erzeugt einen kulturellen Flächenbrand, der das bayerische Herz im Innersten trifft. Jede Rechnung, die Kulturarbeit gegen soziale Aufgaben ausspielt, kann schon deshalb nicht aufgehen, weil Kultur die Basis des Sozialen ist und somit die Eigenkräfte des Humanen reduziert.

### Auftrag mit Zukunftsrang

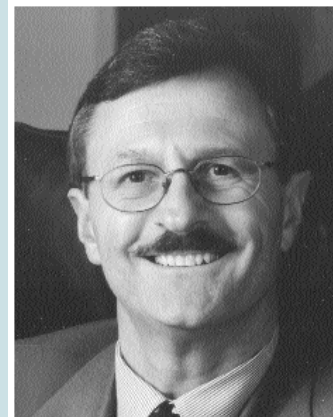
Eine menschennahe Kulturpflege ist kein Luxus. Diesbezügliche Sparsamkeit käme uns in Zukunft sehr teuer zu stehen. Es geht nicht nur um kulturelle Traditionen. Die moderne Neuinterpretation mit nachbarschaftlicher europäischer Sinngebung kann als Kulturauftrag mit hohem Zukunftsrang gesehen werden. Es geht also nicht um Nostalgie, sondern um Zukunftsgewinn. Wer Europa anerkennt, darf gerade durch die regionale Kulturpflege die Augen nicht verschließen vor den aktuellen Problemen der Heimat.

„Kultur rechnet sich nicht, aber sie zahlt sich aus“ - hat der frühere Intendant des Bayerischen Rundfunks, Albert Scharf, erklärt. Wir leben zweifellos in einer multikulturellen Gesellschaft, die sich weltweit verzahnt. Gerade darin liegt aber durch die Achtung der Heimatkultur die gegenwärtig besonders nötige Chance, ein Europa der Menschen zu bilden. Die Bezirke sind gefordert, dieses zentrale Bürgeranliegen als Gegengewicht gegen die gefährdete Furcht vor der Europa-Bürokratie zu fördern. Die Bezirke müssen ihre Europatuglichkeit an Hand der regionalen Kulturförderung für mehr Heimat in Europa prüfen. Eine Besinnung auf den Weitblick der Bayerischen Verfassung, welche die Förderpflicht der Heimatkultur zur Pflichtaufgabe von Verfassungsrang erhoben hat, macht durch die Regionalkultur Heimat zur Welt.

## GZ Kolumne Gerhard Weber



„Vorfahrt für Arbeit“ lautet die eindringliche Forderung, die vom Bundespräsidenten über alle Parteien bis zu vielen Organisationen erhoben wird. Bei aktuell fünf Millionen Arbeitslosen findet diese Aussage allenthalben breite Zustimmung. Über die Gründe für die seit Jahren anhaltende Arbeitslosigkeit wird heftig gestritten, je nach Standpunkt sind z.B. „die Politiker“, „die Wirtschaft“ oder „die Gewerkschaften“ schuld an dieser Misere. Einigkeit besteht nur darin, dass es nicht den einen



reuther mit knapper Mehrheit gegen die Pläne für ein Einkaufszentrum am Stadtrand aus. Damit wird eine 100 Millionen Euro Investition mit Aussicht auf bis zu 700 neue Arbeitsplätze hinfällig.   
« Ebenfalls am 10. April 2005 lehnen die Tegernseer den Bau eines Discounters ab. Die Stadt Tegernsee wollte den Erlös des Grundstücksverkaufs in den touristischen Aufschwung investieren.

Auf anderen rechtlichen Grundlagen fußen die oft jahrelangen, ja jahrzehntelangen von Bürgern betriebenen Verfahren gegen den Bau von Straßen, Brücken oder neuen Bahntrassen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an erbitterten Kampf von Bürgerinitiativen gegen den Bau des neuen Flughafens „Franz-Josef-Strauß“ bei München, der sich mittlerweile zur „Jobmaschine“ entwickelt hat. Während öffentliche Investitionen über Planfeststellungen und langwierige Gerichtsverfahren letztendlich häufig doch noch durchgesetzt werden können, steht dieses Instrument für Privatinvestitionen nicht zur Verfügung. Niemand weiß wohl, wie viele Privatinvestitionen durch Nachbarezinsprüche oder Bürgerinitiativen verhindert worden sind. Der Ausbau der Airbusfertigung in Hamburg-Finkenwerder wäre jedenfalls kürzlich beinahe daran gescheitert, dass ein Obstbauer sein unbedingt erforderliches Grundstück nicht verkaufen wollte.

Zur Vermeidung von Missverständnissen möchte ich klarstellen, dass ich nicht für eine Abschaffung von Bürgerbeteiligungen und Bürgerbegehren plädiere, wohl aber dafür, eine Diskussion über das dem Gemeinwohl zuträgliche Ausmaß dieser Mitspracherechte zu beginnen. Dass Bürgerbeteiligungen in all ihren Ausprägungen auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand und damit erhebliche Kosten verursachen, sei nur am Rande erwähnt.

Ich meine, wir müssen uns entscheiden: Ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit wirklich unser höchstes Ziel, dann muss auch die „Investitionsbremse Beteiligungsrecht der Bürger“ auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ich sage: Vorfahrt für Arbeitsplätze - ja!

*Gerhard Weber*

## Vorfahrt für Arbeit?

Grund für die Arbeitslosigkeit gibt, sondern dass ein ganzes Bündel von Gründen dafür ausschlaggebend ist.

Über einen der Gründe, der nach meiner Meinung für die Investitionsschwäche in unserem Land mit verantwortlich ist, spricht man nicht. Es ist weder chic noch „in“, dem Bürger zu sagen, dass auch er mit an dieser Entwicklung seinen Anteil hat. Die umfangreichen und in den letzten Jahren noch ausgebauten Beteiligungsrechte, mit denen oft egoistische Interessen durchgesetzt werden, tragen nicht dazu bei, das Investitionsklima in Deutschland freundlicher zu gestalten.

Am 1. Oktober 1995 haben die Bürger Bayerns das Recht auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Gemeindeebene durch einen Volksentscheid erwirkt. Nach Angaben von „Mehr Demokratie e.V.“ haben in den Jahren 1995 bis 2003 718 Bürgerentscheide stattgefunden, wovon 349 angenommen und 337 abgelehnt wurden (nicht von allen Bürgerentscheiden ist der Ausgang dort erfasst worden). Drei markante Beispiele aus den letzten Monaten machen deutlich, um welche große Investitionssummen es dabei geht:

« Am 12. Dezember 2004 lehnen die Regensburger den Bau eines Kultur- und Kongresszentrums an dem von der Stadt favorisierten Platz ab. Eine Investition von über 80 Millionen Euro mit enormen positiven Folgewirkungen auf den Arbeitsmarkt ist damit blockiert.

« Am 10. April 2005 sprechen sich die Bay-

### Gemeinsame Erklärung von Krankenhausgesellschaft und Krankenkassenverbänden:

## Einheitliche Vergütung für die bayerischen Krankenhäuser

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die Krankenkassen haben sich erstmals auf einen so genannten landesweiten Basisfallwert geeinigt. Er beträgt genau 2.789,75 Euro für das Jahr 2005 und bildet die Grundlage für das neue Abrechnungssystem mit Fallpauschalen.

BKG und Kassen werten die erstmalige Festlegung eines Basisfallwerts in Bayern als Meilenstein auf dem Weg zu einem einheitlichen Preissystem für Krankenhäuser. Während in Bayern die Selbstverwaltungspartner mit der Einigung ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen konnten, scheiterten in mehreren Bundesländern die Verhandlungen. Hier muss ein Ergebnis in Schiedsstellenverfahren gefunden werden.

### Basisfallwert

Mit dem Basisfallwert wird eine Behandlung vergütet, deren Aufwand mit dem durchschnittlichen Faktor 1,0 kalkuliert wurde. Je nach Wertigkeit der Behandlung wird der Basisfallwert bei der Abrechnung mit einem höheren oder niedrigeren Faktor multipliziert (zum Beispiel: Blinddarm-OP - Faktor 0,722, Implantation einer künstlichen Hüfte - Faktor 2,861). Somit bestimmt der landesweite Basisfallwert im neuen Finanzierungssystem maßgeblich die Erlöse der einzelnen Krankenhäuser bzw. die Ausgaben der Krankenkassen.

Das Verhandlungsergebnis erfüllt die gesetzliche Vorgabe, dass die Ausgaben der Krankenkassen für Krankenhausbehandlung im Jahr 2005 stabil bleiben. Gegenüber dem Vorjahr wurde die festgesetzte Erhöhung der Grundlohnsomme von 0,38 % in den Basisfallwert eingerechnet. Der für das Jahr 2005 erstmals vereinbarte Wert bildet die Ausgangsbasis für künftige jährliche Anpassungen. Bis 2009 werden die Krankenhäuser schrittweise an den einheitlichen Basisfallwert herangeführt.

Landesspezifische Besonderheiten

Mit der Einigung wurde der vom Bundesministerium für Soziale Sicherung und Gesundheit vorgegebene vorläufige Wert für Bayern korrigiert. Dieser hätte landesspezifische Besonderheiten nur unzureichend berücksichtigt. BKG und Krankenkassen konnten sich dank umfangreicher Vorbereitungen auf eine umfassende Datengrundlage

### Landesspezifische Besonderheiten

Nach der mündlichen Zustimmung aller Beteiligten wird das Einigungsergebnis nun schnellstmöglich schriftlich fixiert und die Genehmigung beim Bayerischen Sozialministerium beantragt, damit die Budgetverhandlungen in den Kliniken vor Ort begonnen werden können.

### Vertretbarer Kompromiss

Unisono mit den Vertretern der Krankenkassenverbände sprach die BKG von einem für beide Seiten vertretbaren Kompromiss, „der in einem stets sachlich und fair geführten Verhandlungsmarathon“ erzielt wurde. In der Einigung ist auch eine Grundlage für ein weiteres konstruktives Miteinander zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen in Bayern zu sehen. „Die einschneidenden gesetzlichen Veränderungen im Krankenhausesektor liefern uns noch viele Anlässe, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen“.

### Genehmigung

Nach der mündlichen Zustimmung aller Beteiligten wird das Einigungsergebnis nun schnellstmöglich schriftlich fixiert und die Genehmigung beim Bayerischen Sozialministerium beantragt, damit die Budgetverhandlungen in den Kliniken vor Ort begonnen werden können.

## Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

und Jugendkultur trennen? Ohne eine solide, bodenständige Breiten- und Laienkultur wird auch die Förderung der Spitzenkultur unverständlich und damit unverantwortlich.

### Vorrangige Pflichtaufgabe

Die Kulturförderung der Landkreise und Bezirke ist keine freiwillige Leistung, sondern eine vorrangige Pflichtaufgabe von verfassungsrechtlichem Rang; die einzige, die für diese beiden Ebenen der kommunalen Gliederung diese hohe Stellung hat. Art. 10 Absatz 4 der Bayerischen Verfassung verpflichtet Kreise und Bezirke als bayerische Gemeindeverbände, das kulturelle Eigenleben vor Verödung zu schützen. Vor allem die sieben

gabe von höchster Bedeutung. Kulturförderung im Sinne der Heimatlichkeit und regionalen Eigenart haben nur die sieben bayerischen Bezirke nicht nur Verfassungsrang, sondern geradezu verfassungsrechtlichen Vorrang vor anderen Pflichtaufgaben. Die dem Freistaat Bayern aufgebene Pflicht, die Finanzausstattung der Bezirke im Rahmen derer eigenverantwortlicher Betätigung zu gewährleisten, darf nicht nur die Sozialhilfeausgaben umfassen, denn das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Selbstverwaltung darf nicht innerlich ausgehöhlt werden.

Es gibt eine gemischte Bezirks- und Staatspflicht zum innerbayerischen Kulturföderalismus und damit zugleich zur kommunal - staatlichen Förder-

Franz Neubauer ein 75er:

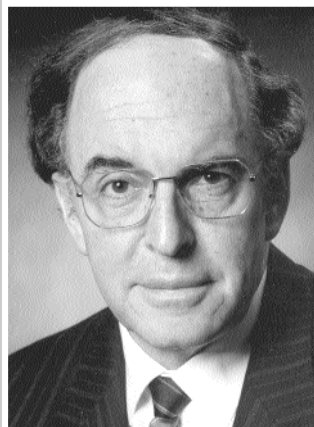
## Der erste Entbürokratisierer

Zahlreiche Gratulanten beglückwünschten Franz Neubauer zu dessen 75. Geburtstag, den der langjährige Politiker, Banker und engagierte Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen am 10. Mai begehen konnte.

Unvergessen ist der Jubilar bei den Kommunalpolitikern, seit der damalige Innenstaatssekretär die „Neubauer-Kommission“ leitete und damit erste konsequente Entbürokratisierungsansätze einleitete. Neubauer wusste, worum es ging. Immerhin war er bis zu seiner Wahl in den Bayerischen Landtag 1970 Gemeindefinanzreferent im Bayerischen Finanzministerium. Die letzte Station in der aktiven Politik des gelehrten Juristen war die Position des Bayerischen Sozialministers.

Anschließend wurde er als Nachfolger von Bruno Merk Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbands. Seine berufliche Laufbahn beendete er als Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Landesbank. Diese Position hatte er deutlich über seinen 65. Geburtstag hinaus inne.

„Wenige Tage vor dem 56. Sudetendeutschen Tag nehme ich die Gelegenheit wahr, Dir Dank zu sagen für ein Lebenswerk, das sowohl die Geschichte Deiner Landsleute als auch die unseres Freistaates Bayern mitgelenkt hat“, schrieb Sozialministerin Christa Stewens in ihrem Glückwunschschreiben und erinnerte an den gestaltenden Einfluss, den der Jubilar lange Zeit in seinen vielfältigen Funktionen ausgeübt hat. „Besonnen und eindringlich hast Du die Anliegen der Sudetendeutschen vertreten, sei es gegenüber deutschen und europäischen Politikern, sei es im Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum. Stets warst Du Garant dafür, dass die sudetendeutschen Fragen immer auch ein Bewährungsfall für das Schirmland Bayern waren. Das haben Deine Landsleute verstanden, und ich weiß, dass sie - wie wir alle - Dir das aus ganzem Herzen danken.“ schrieb die Ministerin.





Starke Impulse für die Wirtschaft:

## IFAT wächst weiter

Kräftiger Besucheranstieg auf mehr als 108.000 Fachbesucher  
Deutliche Zunahme der Internationalität bei Besuchern und Ausstellern

Neue Projekte, Technologien und Dienstleistungen standen auf der Weltmesse für Umwelt und Entsorgung IFAT im Mittelpunkt des Besucherinteresses. Mehr als 108.000 Branchenexperten - das sind 10 Prozent mehr als im Jahr 2002 - aus 166 Ländern, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten, Asien sowie Nord- und Südamerika informierten sich vom 25. bis 29. April auf der IFAT 2005 in München. Mit 2.223 Ausstellern aus 36 Ländern verzeichnete die Weltmesse erneut eine Rekordbeteiligung. Vorgestellt wurden die neuesten Trends und Produktinnovationen aus den Bereichen Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Dabei kam es zu zahlreichen Geschäftsabschlüssen und Verkäufen auf der Messe.

„Unsere Aussteller und Fachbesucher sind sich einig: Für alle, die in dieser Branche Geschäfte machen, Netzwerke ausbauen und Aufträge auf hohem internationalen Niveau gewinnen wollen, ist die Weltmesse IFAT ein Muss. Sie gibt alle drei Jahre starke Impulse für die Umwelt- und Entsorgungswirtschaft“, lautet das Fazit von Detlev R. Gantenberg, Geschäftsführer der Messe München. Dies bekräftigt Walter Behking, Leiter Vertrieb Kommunalfahrzeuge, MAN Nutzfahrzeuge AG, Deutschland: „Überrascht wurden wir von der hohen Zahl an Verkaufsabschlüssen auf der Messe, und wir erwarten auch ein gutes Nachmessegeschäft. Besonders aus Osteuropa konnten wir zahlreiche Neukunden gewinnen.“

### Wachstumsaussichten

Norbert Rethmann, Vorsitzender des Fachbeirats, bestätigt die Bedeutung der IFAT als Impulsgeber für die Branche: „Das zu-

und Breite des Angebots (93 Prozent „ausgezeichnet bis gut“), die Präsenz der Marktführer (93 Prozent) und den Leitmessecharakter (90 Prozent). Diese Angaben resultieren aus der Befragung durch das unabhängige Marktforschungsinstitut TNS Infratest.

Auch die Ausstellerbefragung durch TNS Infratest bestätigt diese Ergebnisse. Die IFAT 2005 erhielt demnach eine außergewöhnlich gute Gesamtbewertung (95 Prozent „ausgezeichnet bis gut“). Besonders positiv bewertet wurden der Leitmessecharakter und die Führungsrolle der IFAT (94 Prozent) sowie die Qualität (93 Prozent) und Internationalität (92 Prozent) der Besucher.

### Umfangreiches Rahmenprogramm

Hervorragend besucht waren die zahlreichen Veranstaltungen des Rahmenprogramms zu wissenschaftlichen, technischen, politischen und internationalen Themen, die rund 9.000 Teilneh-

Messekonzept der Weltmesse für Umwelt und Entsorgung stößt auch in Asien auf eine sehr positive Resonanz. Im Juni 2006 bietet die Messe München mit der Internationalen Fachmesse für Umweltschutz IFAT CHINA vom 27. bis 30. Juni 2006 in Shanghai zum zweiten Mal eine hervorragende Netzwerkplattform für internationale und chinesische Unternehmen, um Geschäfte zu initiieren und Kontakte zu knüpfen.

### Zwei führende Unternehmen planen:

## Deutsch-russische Zusammenarbeit

Die Fendt-AGCO GmbH aus Marktoberdorf in Bayern und die Agromash Holding aus Moskau haben eine Absichtserklärung für eine strategische Partnerschaft unterzeichnet. Ziel ist es, bei Traktoren, Mähdreschern und Motoren von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum Vertrieb eine langfristig sehr enge Kooperation zwischen beiden Unternehmen aufzubauen. Hermann Merschroth, Vice President Fendt und Sprecher der Geschäftsführung: „Wir wollen damit ein positives Zeichen für eine zukünftige gute Zusammenarbeit in einer der größten Wachstumsregionen in Europa setzen.“

Die Agromash Holding mit Sitz in Moskau ist der einzige landtechnische Full-Liner des Landes und führender Anbieter von Landtechnik in Russland. Das Unternehmen betreibt eine Schlepperfabrik in Wolgograd, ein Mähdrescherwerk in Krasnojarsk und eine Motorenproduktion in Barnaul. Hinzu kommen weitere Niederlassungen in der Russischen Föderation, in der Ukraine und in Kasachstan. Das



Vertriebsnetz umfasst über 120 Verkaufs- und Servicestützpunkte in Russland und den benachbarten GUS-Ländern. Beschäftigt werden in den Betrieben der Agromash Holding circa 20.000 Mitarbeiter.

### Hochwertige Traktoren aus dem Allgäu

Die deutsche Fendt/AGCO GmbH hat ihren Sitz in Marktoberdorf im bayerischen Allgäu. Seit 75 Jahren werden an diesem traditionsreichen Standort hochwertige Traktoren hergestellt: Im Geschäftsjahr 2004 wurden 11.347 Schlepper von 50 bis 310 PS abgesetzt, etwa 65 Prozent davon gingen in den Export.

Beschäftigt werden bei Fendt insgesamt 2.600 Mitarbeiter, der Gesamtumsatz des Unternehmens liegt bei rund 760 Mio. Euro. In der internationalen Landmaschinenbranche bürgt der Name „Fendt“ für innovative Technik und hohe Qualität. In diesem Jahr werden am Standort in Marktoberdorf gut 26 Mio. Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Das entspricht einem

### Strategische Partnerschaft

Fendt setzt im Schlepperbau höchste internationale Maßstäbe bei Technologie, Qualität und Produktivität. Die Traktoren aus Marktoberdorf in Bayern haben ein sehr gutes Image in der westeuropäischen Landwirtschaft. Jetzt möchte das Unternehmen in enger Zusammenarbeit mit der Agromash Holding aus Moskau seine Absatzchancen auf den wachsenden Märkten der GUS-Staaten nutzen. Der jährliche Bedarf an Traktoren in Russland beispielsweise wird auf rund 200.000 Einheiten geschätzt, bei Mähdreschern sind es circa 35.000 Maschinen.

### Präsenz in 140 Ländern

Fendt ist eine der technologisch führenden Marke der AGCO-Corporation. Der international agierende US-Konzern mit Sitz in Duluth ist in über 140 Ländern präsent und gehört damit zu den weltweit größten Herstellern und Anbietern von Traktoren und Landmaschinen. Produktionsstätten außerhalb der USA unterhält AGCO unter anderem in Finnland sowie in Frankreich und Brasilien.

Die strategische Partnerschaft umfasst sehr weitreichende unternehmerische Aspekte. Gemeinsam sollen Radtraktoren in der Russischen Föderation und in den GUS-Staaten für diese Märkte produziert werden, gleiches gilt für die Entwicklung und Produktion von Ersatzteilen und Komponenten. Die Konstruktion und Produktion eines Mähdreschermodells speziell für den Einsatz in der Russischen Föderation einschließlich der GUS-Staaten soll ebenfalls gemeinsam erfolgen. Zusammen wollen beide Unternehmen außerdem Motoren für landtechnische Maschinen konstruieren und fertigen. Für Traktoren, Mähdrescher und andere landtechnische Maschinen soll es sowohl in der Russischen Föderati-

on als auch in den GUS-Staaten gemeinsame Vertriebs- und Marketingaktivitäten geben; auch ein gemeinsamer Verkauf von Fendt-AGCO Ersatzteilen in der Russischen Föderation beziehungsweise in den GUS-Staaten sowie der Aufbau eines Fendt-AGCO Service- und Werkstattnetzes ist vorgesehen. Vertriebs- und Kundendienstschulungen für die in Zusammenarbeit hergestellten Produkte wollen beide Unternehmen ebenfalls zusammenführen.

### Investoren für den Aufbau

Festgeschrieben wurde in der Absichtserklärung, mit dem Know-How der Fendt-AGCO GmbH in den Agromash-Werken weltweit anerkannte Produktions- und Montagetechniken einzuführen; zudem wird sich Fendt gemeinsam mit der Agromash Holding dafür engagieren, Investoren für den Aufbau beziehungsweise für die Erneuerung von Produktionsanlagen zu gewinnen.

Die Maschinen von Fendt werden in Westeuropa von professionell geführten landwirtschaftlichen Betrieben, Lohnunternehmen und Kommunen eingesetzt. Für die betrieblichen Strukturen in Russland und den GUS-Staaten bietet Fendt das erforderliche unternehmerische Produkt-Know-How einschließlich der leistungsfähigen Technik.



Umweltminister Dr. Werner Schnappauf (Bildmitte) begrüßte die europäischen Umweltminister.

nehmende Interesse an der IFAT als Treffpunkt der internationalen Umweltbranche lässt uns optimistisch in die Zukunft blicken. Die Wachstumsaussichten der Branche insbesondere durch die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen EU-Ländern, aber auch beispielsweise in China, sind positiv. Auch für Deutschland ergeben sich dadurch eine Reihe neuer Chancen für ein ausländisches Engagement.“

### Plattform für Technologietransfer

Hochrangige Politiker aus Ägypten, Brasilien, China, dem Iran, Japan, Saudi Arabien, der Türkei sowie Mittel- und Osteuropa informierten sich auf der IFAT. Mit ihrem Messebesuch auf Einladung des Bayerischen Umweltministers Dr. Werner Schnappauf machten sie deutlich, dass die IFAT als Plattform für Technologietransfer und Austausch von Know-how eine internationale Spitzenstellung einnimmt. Damit hat die IFAT ihre Position als Weltmesse weiter ausgebaut.

### Besucherlob

Die Besucher der IFAT 2005 lobten mit durchgängig noch besserer Bewertung als 2002 insbesondere die Vollständigkeit

mer an. „Keine andere Messe weltweit überzeugt durch ein so umfassendes Angebot an Lösungen für Ver- und Entsorgungsinfrastruktur und Umweltschutz. Der Bezug zu Theorie wie praktischer Anwendung wird durch ein umfangreiches Programm an Vorträgen und Präsentationen hergestellt“, so Prof. Dr.-Ing. E. H. Hermann H. Hahn, Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA).

### China-Tag und Japan-Special

Besonders attraktiv waren der China-Tag unter Schirmherrschaft des Bayerischen Umweltministers Dr. Werner Schnappauf und das Japan-Special. Im Zentrum der Veranstaltungen stand auch in diesem Jahr wieder das Internationale Wasser-, Abwasser- und Abfallsymposium der DWA. Am „Gateway to New Europe“ drehte sich alles um die Märkte Mittel- und Osteuropas (MOE). Der Gemeinschaftsstand mit zahlreichen Ausstellern aus den Bereichen Außenwirtschaft, Finanzierung und Förderung sowie über 40 Vorträgen zu Umweltprojekten in MOE fand großen Zuspruch.

Die nächste IFAT, Weltmesse für Umwelt und Entsorgung, findet vom 5. bis 9. Mai 2008 in München statt. Das erfolgreiche

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik auf der IFAT 2005:

## „Das Bewährte verbessert“

Streuautomaten in neuer Bauweise / Kehrmaschinen mit Dieselpartikelfilter, Lärmdämmpaket und minimierter Feinstaubemission  
Straßenreparatur mit Road Repair Patcher jetzt auch zum Unimog U 500

Drei wichtige Themenbereiche präsentierte Schmidt Winterdienst auf der jüngsten IFAT in München. Unter der Prämisse „Das Bewährte verbessern“ zeigten die Fachleute aus St. Blasien erstmals ihre STRATOS-Streuautomaten in neuer Bauweise. Die beliebte SWINGO-Kompakt-Kehrmaschine wurde mit einem Dieselpartikelfilter ausgestattet; ein „Lärmdämmpaket 99 dB(A)“ macht das Gerät besonders leise und ein optimiertes Wasserumlaufsystem minimiert die Feinstaubemissionen. Dass Straßenreparaturen relativ kostengünstig und schnell zu bewerkstelligen sind, zeigte Schmidt einmal mehr mit dem inzwischen gut eingeführten „Road Repair Patcher“.

Das Tool ist einfach genial zumal das Straßenreparatur-Fahrzeug SR 500 die öffentlichen Haushalte massiv entlastet. Zwei Winterperioden ist das Road Repair Patcher System, das lediglich auf einen LKW - z. B. den

Unimog U 500 - aufgebaut wird, nunmehr im Einsatz. Die Bewährungsprobe darf nach zwei Winterperioden als „mit bestem Erfolg bestanden“ gewürdigt werden, denn die Reparaturstellen haben den harten Winterber-

dingungen einwandfrei standgehalten.

Der Patcher wurde für eine wirtschaftliche und wirkungsvolle Ausbesserung von Schlaglöchern, Rissen und vergleichbaren Fahrbahnschäden entwickelt. Mit der Wechselbarkeit ist der SR 500 besonders wirtschaftlich, da der Unimog zu anderen Arbeitssystemen umgerüstet und damit optimal ausgelastet werden kann.

### Verfahren und Qualität

Die Ausbesserung von Schlaglöchern mittels Asphalt ist ein bewährtes, viel beschriebenes Verfahren. Mit dem Patcher wurde ein bedeutender Fortschritt erzielt. Die Maschine erzeugt eine homogene Mischung aus Splitt und Bitumenemulsion, die mit hoher Geschwindigkeit in die Schadstelle geblasen wird. Damit entfällt eine nachträgliche Verdichtung.

Der SR 500 liefert eine hervorragende Mischqualität im Vergleich zu herkömmlichen Straßenreparatur-Verfahren. Bisherige Heiß- oder Kaltmischverfahren liefern im Vergleich dazu schlechtere Verbindungen und minderwertigere Verdichtung. Hohe Wirtschaftlichkeit, Einmann-Bedienung, Wechselbarkeit, hohe Transportgeschwindigkeit, überlegene Kapazität, sparsamer Materialverbrauch und minimaler Materialüberschuß zeichnen das Gerät aus.

Ein weiteres Ergebnis ständiger Entwicklungs- und Forschungsarbeit bei Schmidt ist der neue STRATOS. Mit seinen

Streuautomaten hat das Unternehmen aus dem Schwarzwald weltweite Einsatzerfahrung. Mit der neuen Modulbau-Technik können die Streumaschinen jedoch noch wirtschaftlicher und effizienter für die verschiedenen Einsatzbedingungen konfiguriert werden.

Die Geräte lassen sich auf verschiedene Trägerfahrzeuge montieren; sie kommen bei Kommunen, auf Landstraßen und Autobahnen gleichermaßen zum Einsatz. Ob ein Band- oder Schneckenfördersystem angewandt wird, ist eine Frage, die durch die Auswahl des Streumaterials entschieden wird.

### Qualität „Life Cycle Costs“

Die Höhe der Instandhaltungskosten und die Lebensdauer einer Streumaschine hängen in erster Linie vom Korrosionsschutz ab. Deshalb wird die höchste Oberflächenqualität angewandt. Die hohe Zuverlässigkeit des STRATOS bringt nicht nur geringe Servicekosten, sondern auch minimale Stillstandszeiten.



Ein „einfaches“ Vorsatzgerät (im Kreis) ermöglicht verbesserte Reparaturqualität. Mit dem „Road Repair Patcher System“ von Schmidt lassen sich massiv Kosten einsparen.



Durchdacht bis ins Detail: STRATOS-Technologie für jeden Winterdienstinsatz.

Die Glättebekämpfung ist ein anspruchsvoller Beitrag zur Verkehrssicherheit auf winterlichen Straßen. Fahrer und Bediener wird höchste Konzentration abverlangt. Einfache Bedienbarkeit bieten eine erhebliche Unterstützung. Multifunktionale Steuerungen vereinfachen die Bedienung. Praxisbezogene Stelle-

mente, wie z.B. griffige Drehknöpfe, sind dabei sehr hilfreich. Aber auch die Handhabung aller Funktionselemente ist sehr einfach. So ist der Zugang zu allen Aggregaten, das Öffnen des Klappdaches oder Hochschwenken des Streutellers ohne Aufstiegshilfen bequem vom Boden aus möglich.

### Premium-Verteilersystem

Mit dem hochentwickelten Premium-Verteilersystem wird nicht nur eine homogene Feuchtsalzmischung, sondern auch ein dynamisches und damit ein sehr effizientes Streubild erzeugt. Fahrtwindinflüsse werden durch das dynamische Abwurfverhalten kompensiert.

Die einfache und logische Bedienung mit leicht verständlichen Display-Darstellungen ist für den speziellen Einsatz im Winterdienst entwickelt.

Unter drei verschiedenen Ausführungen (CB, CX, CL) kann die für den entsprechenden Einsatz günstigste Variante gewählt werden.

Alle Steuerungen besitzen die elektromagnetische Verträglichkeitsprüfung EMV. Für den harten Einsatz im Winterdienst haben alle Komponenten den höchsten IP-Wert und sind damit gegen Eindringen von Feuchtigkeit, Schmutz oder Salz gesichert. Das bringt erhöhte Be-

### Reutlingen übernimmt Vorreiterrolle:

## Erste Swingos mit Rußpartikelfilter

Die ehemals freie Reichsstadt ist heute eine moderne Großstadt. Sie ist die erste Kommune, die eine Swingo Kompakt-Kehrmaschine mit Rußpartikelfilter bestellt hat. Modern heißt in Reutlingen auch ein auf die Zukunft ausgerichtetes Bauhofmanagement. In einem im Jahr 2001 neu erstellten Baubetriebshof mit ca. drei Hektar Fläche sind alle Tätigkeiten zur Sicherung des Gemeinwohls einer Stadt wie Abfallentsorgung, Stadtreinigung mit Winterdienst, Straßenunterhaltung, Grünpflege einschließlich Friedhofswesen sowie den Technischen Werkstätten zusammengefasst. Mit ca. 270 Mitarbeitern wird die Grundlast dieser Aufgabenbereiche von der Kommune selbst getragen. Die als Profit-Center betriebene Kfz-Werkstatt betreut alle 300 Fahrzeuge- und Geräteeinheiten, davon sechs Kehrmaschinen, wobei die drei Kompaktkehrmaschinen vom Typ Swingo von der Firma Schmidt stammen. Der Baubetriebshof ersetzt nunmehr zwei dieser Maschinen. Der Betriebsleiter der Technischen Betriebsdienste Reutlingen, Siegfried Gminder, erläuterte die Gründe.

**GZ:** Wie stark wird das Thema Feinstaub bei Ihnen in der Region diskutiert?

**Gminder:** Das Thema Feinstaub ist seit Jahren ein heiß diskutiertes Thema. Hintergrund ist, Reutlingen fehlt eine Umgehungsstraße in Richtung Bodensee. Die Hauptverkehrsströme durchqueren die Innenstadt. Wir führen daher schon lange Messungen über Schadstoffkonzentrationen der Luft durch, um die tägliche Belastung zu erkennen.

**GZ:** „Sind sie Vorreiter in Ihrer Region, auch bei anderen Umweltfragen?“

**Gminder:** Als extreme Vorreiter würde ich uns nicht bezeichnen. Wir halten es hier wie die ansässigen Industrieunternehmen, beispielsweise Bosch, wir investieren in sinnvolle und zukunftsweisende Umwelttechnik, die zudem bewiesen hat, dass sie tauglich und auch von der Kosten-/Nutzenrelation vertretbar ist. Beispielsweise wird die gesamte Fernwärme für die Innenstadt mit Hilfe einer BHKW-Anlage erzeugt. Eine andere Innovation ist die komplette Versickerung des Oberflächenwassers in

einer Neubausiedlung. Im neuen Betriebshof wird das Regenwasser in einer Zisterne gesammelt und eine Hackschnitzelanlage versorgt den gesamten Betrieb mit Wärme.

**GZ:** Bestellen Sie nur noch und ausschließlich Fahrzeuge mit Rußpartikelfilter und rüsten Sie bereits existierende Fahrzeuge um?

**Gminder:** Ich gehe davon aus, dass wir demnächst nur noch Geräteeinheiten mit Rußpartikelfiltern bestellen und auch Altfahrzeuge umrüsten, soweit uns die Technik zur Verfügung steht. Hier ist zunächst der Gesetzgeber gefordert, wir erwarten noch einheitliche Vorgaben zur Förderung von Partikelfilter. Dennoch haben wir im Vorgriff mit den neuen Swingos einen ersten Schritt getan, da die Tatsache der Feinstaubbelastung unumkehrbar ist.

**GZ:** Wo geht Ihrer Meinung nach der allgemeine Trend bezüglich Umweltauflagen hin?

**Gminder:** Der Partikelfilter wird sicherlich überall Einzug halten. Mit der Umsetzung der Verordnung über die Festsetzung

der maximal zulässigen Lärmbelastung mit 99 dB(A) bin ich weitaus skeptischer. Damit werden wir trotzdem nachts nicht in Wohngebieten kehren können und tagsüber hat die Lärmentwicklung aus meiner Sicht nicht die höchste Priorität. Ansonsten wird es zu weiteren Auflagen im Umweltbereich zum Schutz unserer Gesundheit kommen.

**GZ:** Könnten Sie sich auch vorstellen, mechanische Kehrmaschinen anzuschaffen, die deutlich leiser sind und auch eine geringere Feinstaubbelastung haben?

**Gminder:** Über mechanische Kehrgutaufnahme sind die Meinungen geteilt. Bei Pflasterflächen ist diese Technik sehr gut geeignet, bei Asphaltflächen ist die Sauberkeit mit einer saugenden Maschine nicht zu überbieten. Unübersehbare Vorteile der mechanischen Maschine sind geringere Kosten, weniger Feinstaubausstoß und bessere Lärmdämmung. Vorstellen kann ich

mir diesen Maschinentyp als Wechselaufbau, im Winter versehen mit einer Winterdienstausrüstung, die restliche Jahreszeit im Kehrmaschineneinsatz. Damit würden wir die von uns intern festgelegte 60 % Maschinenauslastung erreichen.

**GZ:** Warum haben Sie sich für SCHMIDT Swingo entschieden?

**Gminder:** Wie Sie wissen, sind wir Swingo-Fans bei Kompakt-Kehrmaschinen. Die Swingo ist eine ausgereifte Maschine auf neuestem technischem Standard und erzielt sehr gute Kehrleistungen. Insbesondere die Luftfederung überzeugt. Sie ist das Komfortabelste, was uns in diesem Segment angeboten wird. Wir haben auch andere Fabriken getestet, unsere Fahrer waren sich einig: Nur noch Swingo, da auch das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.



Die SWINGO liegt voll im Umwelttrend: Diesel-Partikelfilter, Schallschutz und Feinstauboptimiert. Werkfotos (3): Schmidt

Eckpunkte auf der IFAT:

## Mehrfachnutzen und Ein-Mann-Bedienung

Die dunklen Wolken der Feinstaubdebatte hatten gerade noch rechtzeitig zur IFAT die Münchener Messehallen erreicht, jener weltweit beachteten Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Kommunalfahrzeuge und ihre Aufbauten spielen hier zwar nicht die Hauptrolle, sind aber doch sehr stark vertreten - so gut wie auf keiner anderen Messe.

Dieselpartikelfilter allerorten, das war die augenfälligste Konsequenz der aktuellen Diskussion. Sind sie bei Geräteträgern und Kehrmaschinen eher symbolisch zu betrachten, weil diese nur wenig zum Verkehrsauf-

kommen beitragen, so haben sie für die Basis-Lkw der Abfallsammelaufbauten schon eher Gewicht.

Billig wird eine Aus- oder Nachrüstung nicht, mit knapp 10.000 Euro ist zu rechnen. Ei-

ne spezielle Frage im Zusammenhang mit Feinstaub ist die Arbeitsweise der Kehraggregate (siehe Kasten).

### Trumpfkarte

Den größten Trumpf in diesem Spiel haben Mercedes-Benz und Iveco zu bieten in Form der serienmäßig lieferbaren Erdgasvarianten von Eonic (Mercedes) sowie Eurocargo, Eurotech und Daily (Iveco). Partikel fallen hier ganz weg, die Fahrzeuge tragen nur noch wie alle anderen durch Aufwirbelung des Straßenstaubs zur Feinstaubbelastung bei. (Rund die Hälfte des Feinstaubes in gefährdeten Zonen geht auf den Verkehr zurück, davon die eine Hälfte auf Dieselausgas, die andere auf Aufwirbelung und Abrieb aller Fahrzeuge). Für Dieselmotoren bietet Mercedes-Benz wie auch MAN Partikelfilter an, übrigens auch zum Nachrüsten.

### Notwendige Überarbeitung

Nicht zuletzt der Verkaufstart des Low Entry von MAN, des direkten Eonic-Konkurrenten, war für Mercedes-Benz Anlass für eine Überarbeitung des kommunalen Flaggschiffs. Einzelsitze statt Sitzbank für die mitfahrenden Müllwerker, neue Ablagen und verbesserte, rutschfeste Bodenbeläge erleichtern die Arbeit.

### Weltpremiere

MAN überraschte mit einer Weltpremiere: der neue Allradantrieb Hydro-Drive ist ein zuschaltbarer, hydrostatischer Antrieb der Vorderachse für Geschwindigkeiten bis 30 km/h, sinnvoll zum Beispiel für Abfallsammelfahrzeuge, die auf der Deponie fahren oder auf ihren Touren losen Untergrund oder sehr starke Steigungen zu bewältigen haben. Hydro Drive ist weniger aufwändig und leichter als ein permanenter Allradantrieb, wie man ihn bei-

spielsweise für den Winterdienst weiterhin benötigt.

### Vielfalt des Klassikers

Die IFAT ist stets eine ideale Präsentationsfläche für den Unimog. Neue Anwendungen, zu sehen nicht nur auf dem Stand von Mercedes-Benz und die jetzt eingeführte Variante mit verkürztem Radstand (2800 statt 3080 Millimeter) betonen die Vielfalt des Klassikers. „Dual Use“ nennt Mercedes-Benz den Mehrfachnutzen des Unimog, zum Beispiel bestückt mit Streuautomat und Astschere in Regionen, die noch weit bis in Frühjahr Glatteis vorweisen. Das alles in Ein-Mann-Bedienung - eine stets aktuelle Forderung der Branche.

### Vor der Serienreife

Unimog-Nutzer werden es mit großem Interesse wahr genommen haben: die elektronische Bedienoberfläche für alle Geräte, der Isobus, ist nahezu serienreif, nach letzten Tests in diesem Sommer wird er dem Markt zur Verfügung stehen. Das ist auch eine Art von Mehrfachnutzen, ob Schneepflug, Kehrmaschine oder Streuautomat, jeder Aufbau, jede Gerätekombination, sofern sie von Unimog-Systempartnern stammt, ist nach den selben Schritten über den kleinen Bildschirm im Fahrzeug bedienbar. Vor drei Jahren an gleicher Stelle hatte der Isobus als Projekt erstmals für Aufsehen gesorgt.

### Road Repair Patcher

Eine neue Möglichkeit des Unimogeinsatzes stellte Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik vor: Der Road Repair Patcher, die Straßenreparaturmaschine, seit gut einem Jahr schon als fester Aufbau für Lkw eingeführt, steht jetzt auch in kompakten Ausmaßen und als Wechselaufbau am Unimog zur Verfügung.

Gerade für Straßenmeistereien könnte das eine hoch interessante Investition werden, wenn beispielsweise bereits ein Unimog vorhanden ist, der dann bei passender Gelegenheit genommen wird, um Risse im Asphalt auszubessern. Der Road Repair Patcher bessert in einem Arbeitsgang Schlaglöcher und



Leistungstark und wendig: Hako Citymaster 1200.

Risse aus, Bitumen und Splitt führt er mit.

### Hako-Kehrmaschinen

Seine Familie der Kehrmaschinen in der Kategorie bis zwei Kubikmeter Volumen hat Hako jetzt mit dem Citymaster 1200 komplettiert. Sie zählt wie schon die kleinere Citymaster 300 zu den Knicklenkern, hat aber einen herkömmlichen Kehrgutbehälter (ein Kubikmeter Inhalt) mit Hochentleerung, während ja der Citymaster 300 ein gewöhnliches Abfallgefäß als Behälter dient.

Zwei hydraulisch angetriebene Tellerbesen bringen eine Kehrbreite von maximal 227 Zentimetern. Der 48 PS starke Motor gibt seine Kraft über vier in die Räder integrierte Motoren auf die Straße. Über ein Multi-

funktionspaket lässt sich die Kehrmaschine auch mit Winterdienstgeräten bestücken. Das gilt übrigens auch für die größere, ebenfalls neue Hako 2000.

### Abfallsammelaufbauten

Detailentwicklungen und ein Trend zu glattflächigen Aufbauten kennzeichnen den Markt der Abfallsammelaufbauten. Neue Stahlarten erlauben den Verzicht auf die bisher meist verwendete Rippung von Seitenwänden und Dach eines Aufbaus. Der Vorteil sind bessere Reinigung und die Möglichkeit, Werbung an den Seiten anzubringen. Marktführer Faun stellte auf der IFAT für die neuen Gefäße von Sulo (Multifunktionsbehälter) eine eigens dafür entwickelte Schüttung vor.

Matthias Röcke



Umfassend ist die Produktpalette von Massey Ferguson. Sie reicht von komfortablen Traktoren bis hin zu Zweisitzer-Kleinfahrzeugen.

### Massey Ferguson:

## Neue Vollautomatik-Getriebetechnologie

Auf der SIMA stellt Massey Ferguson das neue Getriebe Dyna-6 für die Traktoren der Baureihe 6400 vor. Es basiert auf dem seit mehr als 12 Jahren erfolgreich verkauften Dynashift und positioniert sich zwischen herkömmlichen Lastschaltgetrieben und stufenlosen Systemen. Es kombiniert die bewährten Dynashift-Merkmale mit der einfachen Bedienung der Dyna-VT-Getriebe.

Sechs Lastschaltstufen in jedem der vier Grundgänge ergeben insgesamt 24/24 Geschwindigkeiten

Die komplette Schaltung erfolgt elektrohydraulisch, es sind keine mechanischen Übertragungen notwendig

Bewährte MF-PowerControl-Bedienung links am Lenkrad für Wendeschaltung, Fahrkupplung und Getriebeschaltung

Vier verschiedene Fahrstrategien über den neuen AutoDrive-Regler vorwählbar: Manuell (herkömmlich, ohne Automatik), Speedmatching (Anpassung der LS-Stufen beim Gang- und Richtungswechsel), Teilautomatik (LS-Schaltung innerhalb eines Ganges) und Vollautomatik (LS- und Gangwechsel innerhalb aller 24 Gänge).

Ebenfalls über den AutoDrive-Regler einstellbare Schaltepunkte für die Automatik

ECO-Ausführung erlaubt Endgeschwindigkeit bei niedrigen 2000min-1

Optional für alle MF6400 mit Perkins-Motoren

### Flexibles Arbeiten

Dyna-6 kann komplett ohne Betätigung des Kupplungspedals gefahren werden. Die große Bedienungsfreundlichkeit und die vorwählbaren Schaltepunkte erlauben flexibleres Arbeiten, mehr Flächenleistung und höhere Wirtschaftlichkeit.

Die vier Gänge (1-4) sind vollsynchronisiert und werden elektrohydraulisch betätigt. Zusammen mit den sechs Lastschaltstufen (A-F) ergeben sich so 24/24 Geschwindigkeiten. Mit den Kriechgang- und Superkriechgang-Optionen werden bis zu 48/48 Gänge möglich.

Nach Motorstart kann das Getriebe entweder durch Betätigen

des „Gaspedals“ beim gewählten Schaltpunkt automatisch hochgeschaltet werden oder der Fahrer tippt kurz den kleinen Fahrhebel in der rechten Fahrersitzlehne an. Soll auch ein Gangwechsel manuell durchgeführt werden, muß lediglich zusätzlich ein kleiner Knopf am Fahrhebel gedrückt werden. Beim Umschalten sucht sich die Automatik die zur Fahrgeschwindigkeit passende Dynashift-Stufe (Speedmatching). Die Automatik arbeitet beim Hoch- und auch beim Herunterschalten.

Das elektronische Management des Getriebes moduliert die Schaltvorgänge lastabhängig und erlaubt dem Fahrer das Vorwählen verschiedener Eigenschaften, wie zum Beispiel die Startgänge, die maximal zulässigen Gänge, die Empfindlichkeit der Wendeschaltung und anderes mehr.

Massey Ferguson hat langjährige Erfahrungen in der Entwicklung funktioneller Getriebe-steuerungen und Dyna-6 ist da keine Ausnahme. Denn die Einfachheit der Bedienung ist sein Schlüsselmerkmal, sie erlaubt jedem Fahrer den schnellen und unkomplizierten Einstieg in das Fahren mit Vollautomatik.

Wer die MF-PowerControl Bedienung aus den Baureihen der „x400“-Serien (6400/7400/8400) kennt, findet sich auch mit Dyna-6 sofort zurecht. Durch Anheben des Hebels wird ausgekuppelt, die Fahrtrichtung vorgeählt (PowerShuttle) und kurzes Antippen nach oben oder unten betätigt die Lastschaltung. Zusätzlich kann nun mit PowerControl auch ein Gangwechsel im vollautomatischen Modus erreicht werden.

Alles unter Kontrolle

Massey Ferguson hat langjährige Erfahrungen in der Entwicklung funktioneller Getriebe-steuerungen und Dyna-6 ist da keine Ausnahme. Denn die Einfachheit der Bedienung ist sein Schlüsselmerkmal, sie erlaubt jedem Fahrer den schnellen und unkomplizierten Einstieg in das Fahren mit Vollautomatik.

Wer die MF-PowerControl Bedienung aus den Baureihen der „x400“-Serien (6400/7400/8400) kennt, findet sich auch mit Dyna-6 sofort zurecht. Durch Anheben des Hebels wird ausgekuppelt, die Fahrtrichtung vorgeählt (PowerShuttle) und kurzes Antippen nach oben oder unten betätigt die Lastschaltung. Zusätzlich kann nun mit PowerControl auch ein Gangwechsel im vollautomatischen Modus erreicht werden.

### Kehrmaschinen:

## Wer hält den Feinstaub fest?

Angesichts der Feinstaubdebatte ist ein Wettlauf der Kehrmaschinenhersteller entstanden um das Aggregat mit der geringsten Belastung. Das generelle Problem liegt darin, dass Kehrmaschinen auf dem Boden liegenden Feinstaub aufnehmen und ihn im ungünstigen Fall genau auf Kopfhöhe der Fußgänger neu „verteilen“.

Verschiedene Systeme beugen dem vor, zum Beispiel das Koanda von Aebi (MFH), das die Luft zum Ansaugen des Kehrgutes über einen Umlauf fast vollständig im Gehäuse lässt und immer wieder verwendet, so dass kaum Feinstaub austritt. Faun macht es ähnlich, führt allerdings zur effektiveren Aufnahme mehr Frischluft zu. Andere arbeiten mit speziellen Filtern (Hako) oder mit Wasserbindung (Schmidt). Was fehlt, ist eine objektive Messmethode. An ihr arbeitet der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer in Deutschland (VDMA) zusammen mit der Industrie.

mrö

Schwer im Einsatz:

## Spezialisten für Kommunen von Mercedes-Benz

Econic: neue Varianten mit kurzem Radstand / ISOBUS im Unimog  
Gerätesteuerung mit nur einem Bedienpult / Innovative Branchenlösungen

Das aktuelle Programm an Kommunalfahrzeugen für die Fuhrparks von Städten und Gemeinden, Entsorgungs- sowie Lohnunternehmen stellte DaimlerChrysler auf der IFAT in München vor. Insgesamt konnte der interessierte Fachbesucher 26 Mercedes-Benz Lkw und Unimog in verschiedenen Systemlösungen begutachten.

Der Econic ist mit seinem charakteristischen Fahrerhaus mit niedrigem Einstieg vor allem in der Entsorgungswirtschaft im Einsatz. Auf der IFAT 2005 war er auf dem Mercedes-Benz Messestand als Abfallsammelfahr-

Ausstellungsfahrzeug einen Radstand von nur 3.450 mm und zeichnet sich vor allem durch eine außergewöhnliche Wendigkeit aus. Auch das Interieur des Econic wurde neu gestaltet. Die bisherige Sitzbank mit drei Plät-

ten den Sonnenschutz und oberhalb des Fahrerplatzes sorgen vier zusätzliche Einbauten für DIN-Geräte. Die Econic-Ausführung auf dem Messestand verfügte über einen CRT (Continuously Regenerating Trap)-Keramikpartikelfilter, mit dem die gesetzlichen Emissionsgrenzen der Euro 3-Norm deutlich unterschritten werden.

Insgesamt zwölf Unimog-Geräteträger aus der Produktli-

mog von Mercedes-Benz können durch spezifische An- und Aufbaukomponenten vielseitig eingesetzt werden, etwa bei der Straßenreinigung, dem ganzjährigen Straßenbetriebsdienst, beim Einsammeln von verschiedensten Müllsorten oder der Kanalreinigung. Weiterhin wurden auf der Messe ein Atego als Kehrfahrzeug, ein Actros mit Saug- und Spülausbau und ein Axor für den Winterdienst gezeigt.

Auch ein Hybrid-Sprinter mit Plug-In-Technologie war zu sehen. Bei dieser neuen Antriebstechnik wird zwischen Getriebe und Kupplung ein Elektromotor mit 70 kW Leistung in den Antriebsstrang integriert.

### Erdgas Econic

Auf dem Freigelände wurden weitere zehn Fahrzeuge ausge-



Das Bokimobil ist im Ganzjahreseinsatz vielseitig verwendbar.

## Transporter und Zusatzgeräte für den Friedhofseinsatz

Am Friedhof wird heutzutage mehr gebraucht als nur ein einfacher Transporter. Ein modernes Fahrzeug ist als wendiger Geräteträger konzipiert - wie z.B. das BOKIMOBIL Kommunal-Fahrzeug der Kiefer GmbH - und erlaubt den Betrieb verschiedenster Anbaugeräte.

Ein solches Gerät zeichnet sich zwar wegen seines wirtschaftlichen Einsatzes durch sein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis aus, der Trend geht jedoch weg vom Billigfahrzeug hin zu hoher Qualität.

### Großzügige Ladefläche

Ein Friedhofstransporter verfügt idealerweise über einen Drei-Seiten-Kipper mit großzügiger Ladefläche. Er ist in der Regel mit einer Anhängerkupplung ausgestattet, um einen Anhänger zu ziehen. Es stehen diverse Aufbauten oder auch Anbaugeräte zur Verfügung: z.B. ein Gitteraufbau auf der Kipperbrücke zum Entleeren der Müllbehälter am Friedhof.

Auch eine Bewässerungseinrichtung erleichtert grundsätzlich die Arbeit in der Grünlandpflege. Freiflächen können mit Hilfe eines Kofferfasses und der Gießeinrichtung problemlos bewässert werden. Freie Rasenflächen werden mittels Mäh-Saug-Kombination gepflegt.

Wenn das Laub im Herbst

unter den Bäumen liegt, kann es mit einer Laubkehreinrichtung, die ebenfalls am BOKIMOBIL befestigt wird, einfach aufgenommen werden. Im Winter hilft ein leistungsstarker Schneepflug und ein bedienungsfreundlicher Aufbau-Walzenstreuer bei der Wegepflege.

### Aufsattelgeräte

Werden mehrere Friedhöfe mit einem Fahrzeug bedient, ist der BOKI Sattelbagger als Aufsattelgerät unschlagbar. Der Transport des Baggers zwischen den Einsatzorten erfolgt über das Trägerfahrzeug und es kann bis zum Grab gefahren werden.

Selbstverständlich wird das BOKIMOBIL Kommunalfahrzeug auch noch zu seinem ursprünglichen Zweck, dem Transport von Arbeitsmitteln und Erdreich eingesetzt. Jedoch durch die vielseitigen Anbaumöglichkeiten wird ein wirtschaftlicher Ganzjahreseinsatz ermöglicht. Stillstandzeiten gibt es beim BOKIMOBIL nicht. ☞



Die Stadt ist sein Haupteinsatzbereich: Die eigenständige Baureihe Mercedes-Benz Econic ist vor allem in der Entsorgungswirtschaft aber auch bei der Feuerwehr und im Flughafen-Bodendienst eingesetzt. Dafür prädestinieren den Econic vor allem sein Fahrerhaus-Konzept mit einer tiefen Kabine mit durchgehend ebenem Boden auf einem abgesenkten Rahmenvorderteil sowie die insgesamt niedrige Rahmenhöhe von nur 874 mm. Alternativ zum Diesel gibt es den Econic auch mit Erdgasantrieb. Der Erdgasmotor M 906 LAG leistet aus 6,88 l Hubvolumen 205 kW (279 PS). In Verbindung mit Erdgasantrieb ist der Econic jetzt auf freiwilliger Basis nach dem Abgasstandard EEV zertifiziert und unterschreitet damit sogar die Grenzwerte von Euro-5. Hinzu kommt als weiteres Plus die Geräuscharmut des Gasantriebs.

zeug mit zahlreichen Weiterentwicklungen präsentiert.

Als Dreiachsler mit 26 t zulässigem Gesamtgewicht hat das

zen wurde beispielsweise durch einzelne Sitzschalen mit Kopfstützen ersetzt. Das einteilige Rollo der Frontscheibe verbes-

nie U 300 - U 500 waren in Halle B5 sowie dem angrenzenden Freigelände ausgestellt.

### U 500 mit Road Repair Patcher

Neben mehreren Systemlösungen aus den Bereichen Mähen, Reinigen und Winterdienst zeigte auch DaimlerChrysler den „U 500 Road Repair Patcher“. „Ein Spezialist, wenn es um die wirkungsvolle und nicht zuletzt wirtschaftliche Ausbesserung von Schlaglöchern, Rissen und vergleichbaren Fahrbahnschäden geht“ heißt es in der entsprechenden Beschreibung. Die Entwicklung von Schmidt Winterdienst in St. Blasien überzeugt auch die Fachleute, die den „guten Stern“ in ihrem Logo führen.

### ISOBUS-System

Die vor drei Jahren auf der IFAT erstmals präsentierte Gerätesteuerung „ISO BUS im Unimog“ auf Basis des CAN-Datenbusses erlaubt die Bedienung von mehreren Geräten gleichzeitig mit nur einem Bedienpult und ermöglicht darüber hinaus eine Betriebsdaten-Erfassung per Chipkarte. Dies bildet zum Beispiel die Grundlage für die spätere Rechnungstellung.

Die Lkw, Transporter und Uni-

stellt. Darunter war auch ein Mercedes-Benz Econic mit Erdgasantrieb zu sehen. Der Gasmotor M 906 LAG leistet 205 kW (280 PS) bei einem maximalen Drehmoment von 1.000 Nm.

Der Erdgas-Econic ist nach dem neuen Standard ECE-R110 zertifiziert und erfüllt damit die höchsten Sicherheitsanforderungen. Erdgas ist als umweltfreundlicher, alternativer Kraftstoff anerkannt und wird zum Beispiel in Deutschland vom Bundesumweltministerium durch reduzierte Steuersätze langfristig gefördert.

Die innovative Motorentechnologie des M 906 LAG sorgt für hohe Leistung bei reduziertem Erdgasverbrauch und erfüllt serienmäßig nicht nur die Euro 5 Abgas-Emissionsanforderungen, sondern auch den noch anspruchsvolleren Emissionsstandard EEV (Enhanced Environmentally friendly Vehicle). Die Zukunftsfähigkeit des Erdgasantriebes wird auch durch die stark reduzierten Geräuschemissionen sichergestellt, von der sich die Besucher vor Ort überzeugen konnten. Damit stellt der Erdgas-Econic ein emissionsarmes Fahrzeug für anspruchsvolle Aufgaben und Einsätze dar - ein Faktor, der zunehmend bei der nächtlichen Entsorgung in Großstädten an Bedeutung gewinnt. ☞



Der Großtransporter-Klassiker Vario ist ein Klassiker für den kommunalen Fuhrpark, besonders mit seiner Doppelkabine. Es gibt ihn mit drei Motor-Varianten mit Leistungen zwischen 100 kW (136 PS) und 130 kW (177 PS). Darüber hinaus sind einige Fahrgestell-, Kipper- und Kastenwagen-Varianten auf Wunsch mit Allradantrieb zu bekommen. ☞

### Stadtwerke Augsburg:

## Umweltschutz und Ressourcenschonung

Die Umrüstung der eigenen Fahrzeugflotte auf das umweltschonende Erdgas soll bis 2008 abgeschlossen sein

Umweltschutz und Ressourcenschonung haben bei den Stadtwerken Augsburg erste Priorität. Die Umweltleitlinien des Unternehmens belegen dies. Mit dem Ziel „Geld sparen und gleichzeitig die Umwelt entlasten“ haben sich die Stadtwerke an dem von der Stadt, der IHK Augsburg und Schwaben sowie dem Kompetenzzentrum Umwelt (Kumas) initiierten „Ökoprotokoll“ der lokalen Agenda 21 beteiligt und sind für ihre Leistungen im Herbst 2003 ausgezeichnet worden. Als kommunales Versorgungsunternehmen und Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs verfolgen die Stadtwerke Augsburg insbesondere die Ziele der Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Ressourcenschonung und der Weiterentwicklung umweltverträglicher Mobilität im Stadtgebiet.

Mehr als 40 Einzelpunkte umfasst die Maßnahmenliste der Stadtwerke in der Schwabenmetropole. Dabei nimmt die Umrüstung der eigenen Fahrzeugflotte auf Erdgasantrieb einen herausragenden Rang ein. Knapp ein Drittel der insgesamt über 140 Busse und mehr als 50 von insgesamt rund 300 Personenautos sind mittlerweile mit umweltschonenden Erdgasmotoren ausgerüstet. Dadurch werden jährlich etwa 1,1 Mio. Liter Diesel und 50.000 Liter Benzin eingespart. Bis 2008 sollen alle Fahrzeuge Erdgasantrieb haben, die dann 3,5 Mio. Liter Diesel/Benzin ersetzen werden.

Zudem förderten die Stadtwerke in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt bisher den Kauf von etwa 1.400 gewerblich und privat genutzten Erdgasfahrzeugen - das bedeutet eine Ersparnis von über 1,5 Mio. Litern Diesel/Benzin pro Jahr. Außerdem haben die Stadtwerke in den Bau neuer Zapfstellen investiert; heute gibt es in Augsburg drei Erdgastankstellen.

Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan CH<sub>4</sub> und lässt sich in herkömmlichen Ottomotoren verwenden. Neben einem bis 23% geringeren Ausstoß von Kohlendioxid werden durch Erdgasmotoren auch die Vorläuferstoffe für die Sommersmogbildung (Ozon) um bis zu 80% reduziert. Partikel entstehen praktisch nicht. Fast alle führenden Autohersteller bieten Erdgasfahrzeuge in der Serienproduktion an. ☞





Spezialist für nahezu jeden Arbeitseinsatz: der neue PUMA.

### Technische Daten auf einen Blick:

Motor	IVECO-Diesel
Abgasnorm	EURO 4inklusive Rußfilter
Hubraum	2287 ccm
Leistung	85 kW / 116 PS
Drehzahl	3900 U/min
Kühlung	wassergekühlt
Antrieb	12-2 Gänge
Höchstgeschwindigkeit	90 km/h
Radstand	2200 mm oder 2900 mm
Hydraulikleistung	40/20 Liter/min
Lenkung	Vorderachs-Lenkung
Allradantrieb	permanent mit Längssperre und Sperrdifferential an der Hinterachse
Bremse	4x Scheibenbremse mit ABS-Regelkreis
Differentialsperr	Hinten / Längs
Zul. Ges. Gewicht	6000 kg
Nutzlast	3200 kg
Anhängelast	3500 kg oder 4800 kg mit Druckluftbremse
Brückenmaße	2500x1600x360 oder 3200x1600x360
Bereifung	Zwillingsbereifung 205/75 R16

Müllsammeln und -pressen, Mähsaugen, Kehren, Ziehen usw.:

## Ein Spezialist auf zahlreichen Ebenen

PUMA - neuer, multifunktionaler Kleinlastwagen aus dem Hause LEIBER

Als Spezialist für nahezu jeden Arbeitseinsatz bringt LEIBER den neuen PUMA als Dreiseiten-Kipper mit Pendelbord auf den Markt.

Das neue Modell überzeugt mit vielen hervorragenden Eigenschaften wie kraftvoller Motorleistung und permanentem Allradantrieb. Das Kugelwechselsystem und der Vorbautenträger ermöglichen den problemlosen Einsatz von vorhandenen An- und Aufbauten verschiedener Hersteller.

### EURO-4-Motor und Rußfilter

Großer Wert wurde auf eine hervorragende Übersichtlichkeit und eine ergonomische Fahrerkabine gelegt, die keine Wünsche bei der Bedienung offen lässt.

Der PUMA ist das erste Kommunalfahrzeug, das serienmäßig mit einem Iveco EURO-4-Motor einschließlich Russfilter ausgestattet ist. Damit gibt LEIBER eine Antwort auf die derzeitige Feinstaubdiskussion.

### Hohe Nutzlast

Außerdem besticht der PUMA durch seine hohe Nutzlast von 3,2 t. Dadurch kann beispielsweise im Winterdienst ein Salzstreuer von 1,7 m<sup>3</sup> eingesetzt werden! Das ist einzigartig in dieser Klasse. Mit seiner hohen Endgeschwindigkeit macht der PUMA seinem Vertreter in der

WIN-Kongress im Rahmen der BUGA 05:

## Nachhaltiges Wirtschaften

Mit dem Bayerischen Umweltministerium initiierte die BUGA 05 einen zweitägigen Innovationsgipfel mit dem Titel „Werte-Innovationen-Nachhaltigkeit“, kurz WIN. In sechs engagierten Workshops befasste sich der Kongress mit den Themen Reformmotoren, Medien, Kapitalmärkte, Werteorientierung, Bildung und Konsum. Die Tagung wurde gemeinsam veranstaltet vom Bayerischen Umweltministerium, der Bundesgartenschau München 2005, der Landeshauptstadt München sowie dem Deutschen Naturschutzring in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission.

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung durchgängig zum neuen Lebens- und Wirtschaftsstil des 21. Jahrhunderts zu machen, dazu rief Umweltminister Werner Schnappauf Bürger, Kommunen und Wirtschaft auf. Schnappauf: „Die 'ex und hop'-Mentalität ist ebenso out wie die 'Geiz ist geil'-Philosophie.“ Der Minister verlangte verstärkte Anstrengungen von Unternehmen und Gemeinden bei der Entkopplung von Wachstum und Flächenverbrauch. An die Bürger appellierte der Minister, ihre Nachfragemacht gezielt zu nutzen: „Vorfahrt für regionale Erzeugnisse, für Qualität und Langlebigkeit.“

### Vorausschauendes Denken

Münchens Dritter Bürgermeister Hep Monatzeder würdigte das Engagement der BUGA. Mit dem WIN-Kongress habe sich die BUGA einer großen Herausforderung gestellt: „Nur wenn die Vorfahren für die jetzige Generation gesorgt haben, ist ein Gewinn möglich. Dieses vorausschauende Denken ist ganz gewiss ein Baustein der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft und muss wieder Mode werden. Jeder Einzelne sowie alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgefordert, ihr Handeln und damit ihren Konsumanspruch zu überdenken.“

Tierwelt alle Ehre. Der multifunktionale Kleinlastwagen setzt neue Maßstäbe im Stadt- und Überlandverkehr. Er ermöglicht ein effektives Arbeiten auch an verschiedenen und weit auseinander liegenden Einsatzorten. Durch seine Längs- und Querdifferentialsperrung ist der PUMA im Gelände bestens einsetzbar.

### Jahrzehntelange Erfahrung

Hinter dem PUMA steht die jahrzehntelange Erfahrung von Leiber im Fahrzeugbau sowie der perfekte Service durch erfahrene Händler mit eigenen Servicestationen und 24-Stunden-Ersatzteilservice. Der PUMA ist ab sofort lieferbar.

Zu Ende ging der Innovationsgipfel mit der Verabschiedung der sog. Münchner Erklärung. Darin heißt es eingangs: „Die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung ist heute zu einer Überlebensnotwendigkeit geworden. Nur wenn es gelingt, mit den Ressourcen der Erde auf Dauer schonend und gerecht umzugehen, wird die Menschheit Zukunft haben.“

### Der Mensch im Zentrum

Im Mittelpunkt des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung stünden die Menschen. Eine besondere Rolle spiele die Bildung zur Nachhaltigkeit, die insbesondere die jungen Menschen erreichen müsse. Bildung zur Nachhaltigkeit müsse aufklären und informieren, aber auch die Fähigkeit der Menschen zu eigenverantwortlicher Gestaltung der Zukunft fördern und entfalten.

### Agenda-Prozesse

Ein hervorragend geeignetes Instrument dazu seien die kommunalen Agenda-Prozesse. Sie stärkten Eigeninitiative und Eigenverantwortung und verankerten die Idee der Nachhaltigkeit vor Ort. Mit Projekten im Natur- und Klimaschutz, sozialen Initiativen oder der Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen und -kreisläufe hätten Agenda-Prozesse bereits gute Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit erreicht.

„Der Erfolg von nachhaltiger Entwicklung hängt dabei wesentlich von der Bereitschaft und Fähigkeit menschlicher Gesellschaften zu technischen, sozialen und kulturellen Innovationen ab“, so die Erklärung. Innovation bedürfe wiederum immer einer Orientierung an den Werten.

### Wesentliche Eckpfeiler

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen, Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und Verantwortung für die Zukunft seien dabei wesentliche Eckpfeiler. Es müsse eine verstärkte Wertedebatte geführt werden, die tief in die Gesellschaft hinein reicht. Die Verständigung darüber, was der Einzelne beitragen kann und welche Gestaltungsmöglichkeiten er besitzt, „darf nicht in der Hektik des täglichen Lebens und pessimistischen Zukunftserwartungen untergehen“. Nicht zuletzt bedürfe es auch der Sorge eines jeden um sich selbst, um in Einklang zu den Bedürfnissen einer nachhaltigen Welt zu gelangen.

### Bürger und Staat

Das Leitbild der Aktiven Bürgergesellschaft setze auf eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürgern und Staat. Eine Neuordnung der staatlichen Aufgaben und eine Befähigung der Bürger gingen Hand in Hand. Die Aktive Bürgergesellschaft werde so zur Basis einer nachhaltigen Gesellschaft insgesamt.



Kommunalfahrzeuge auf dem Freigelände der IFAT.

DK

Stadt und Landkreis Bamberg:

## Neues Entsorgungskonzept

Biogasanlage Strullendorf garantiert ab Sommer sinnvolle Verwertung anfallender Bioabfälle

Die Bioabfälle aus den Haushalten der Stadt und des Landkreises Bamberg werden künftig in einer Biogasanlage in Strullendorf vergoren. Eine entsprechende Genehmigung hat die Regierung von Oberfranken erteilt.

Im eigenen Landkreisgebiet sollten die Bioabfälle aus dem Landkreis Bamberg entsorgt werden. Dies war ein Ziel bei der Einführung der Biotonne im Landkreis Bamberg zu Beginn des Jahres 2004.

Nachdem die Stadt Bamberg schon seit mehreren Jahren die Bioabfälle der Haushalte im Stadtgebiet sammelt, folgte diesem Vorbild auch der Landkreis. Die im Stadtgebiet anfallenden Bioabfälle wurden bisher in der Kompostierungsanlage im Bamberger Hafen verwertet. Nun waren durch die erhöhte Menge an Bioabfall allerdings neue Konzepte zur Entsorgung nötig.

### Entschluss zur Kombination

Man entschied sich für eine Kombination aus Kompostierung und Vergärung. Dazu werden die Bioabfälle vor der weiteren Verarbeitung gesiebt. Der vergärbare Anteil wird in der Biogasanlage entsorgt. Der Rest wird in einer neuen, modernen und eingehausten Kompostierungsanlage im Hafen verwertet. Wichtiger Bestandteil des neuen Entsorgungskonzepts ist auch die sinnvolle und umweltfreundliche Nutzung von Wärme und des anfallenden CO<sub>2</sub> durch eine benachbarte Gärtnerei.

Die Biogasanlage entsteht in

der Nähe des Main-Donau-Kanals in Strullendorf. Betreiber der Biogasanlage ist die Firma Bio Energie Bamberg (BEB). Die BEB ist ein Zusammenschluss von mehreren regionalen mittelständischen Unternehmen. Zusätzlich sind in der BEB auch 55 Landwirte aus der Umgebung als Gesellschafter vertreten.

### Gespeichert und verbrannt

In der Biogasanlage sollen künftig jährlich neben 13.000 Tonnen Bioabfällen auch 5.000 Tonnen nachwachsende Rohstoffe, die von den in der BEB beteiligten Landwirten geliefert werden, eingesetzt werden. Das bei der Vergärung entstehende Biogas wird gespeichert und anschließend durch zwei Verbrennungsmotoren verbrannt.

Durch den Verbrennungsprozess wird Energie erzeugt, die ins Stromnetz der E.ON eingespeist und somit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Die durch die Verbrennung des Biogases ebenso anfallende Wärme wird zu 100 Prozent von der benachbarten Gärtnerei zum Beheizen der Gewächshäuser abgenommen. Durch diese alternative Energiequelle kann die Gärtnerei jährlich ca. 500.000 Liter Heizöl einsparen, was ökologisch und ökonomisch sehr

sinnvoll ist. Die Wärme muss nicht extra erzeugt werden, sie entsteht bei der Verbrennung des Biogases. Zusätzlich ist auch eine Nutzung des bei der Verbrennung des Biogases entstehenden CO<sub>2</sub> als Dünger für die pflanzlichen Kulturen angedacht. Bisher muss sich die Gärtnerei dieses CO<sub>2</sub> in Flaschen liefern lassen,

## bvse-Forum Stahlrecycling 2005

TASi-Ablagerungsverbot bringt vielfältige neue Herausforderungen

Zum Forum „Stahlrecycling 2005 Potenziale und Perspektiven“ hatte der bvse alle interessierten Kreise nach Düsseldorf eingeladen. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der TASi zum 1. Juni 2005 und dem damit verbundenen Ablagerungsverbot unauflösbarer Abfälle sollten Lösungswege für die betroffenen Kreise aufgezeigt werden.

Die Eröffnung der politischen Runde übernahm MinDirig. Dr. Helmut Schnurer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Erläuterungen zum „zukünftigen umweltpolitischen Rahmen der Stahlrecyclingwirtschaft“, den er für eng gesteckt hält. Die notwendige Vorbehandlung sei durch die TASi, die DeponieVO und die AbfallablagerungsverVO ab 1. Juni 2005 definitiv vorgeschrieben.

Probleme sieht Schnurer bei den gewerblichen Abfällen zur Verwertung in Höhe von 4 bis 5 Mio. Tonnen/Jahr, deren Deponierung in der bisherigen Form nicht mehr möglich sein wird. Er betonte, dass dazu auch die Abfälle aus der Schrottwirtschaft zählen und wies darauf hin, dass die Verantwortung des Abfallerzeugers nicht durch Aufweicungen oder Ausnahmegenehmigungen eingeschränkt würden. Die TASi sei seit 1993 in Kraft und die Bundesregierung werde bemüht sein, Ausfluchtversuche zu verhindern.

### Abfallexport ein Irrweg

Unter dem Stichwort Notlösungen fasste Schnurer die sogenannte Verwertung von Abfällen auf Deponien bzw. Zwischenlagerungen zusammen, die hohen Anforderungen unterliegen und zudem sehr kostspielig sein werden. Als „Irrweg“ bezeichnete er den Export von Abfällen, der sich auch bei Abfällen zur Verwertung sehr schwierig gestalten werde. Als Konsequenz aus den weitreichenden Vorschriften bis zum Deponierungsverbot 2020 verlangte er das Bemühen der Wirtschaft, mehr Abfälle zu vermeiden oder eine höherwertige technische Aufbereitung zu schaffen.

### Rohstoff auf Rädern

„Der Letzthalter von Kraftfahrzeugen wird nach der Gesetzeslage von den Entsorgungskosten freigehalten, was letztendlich dazu führt, dass Hersteller und Importeure diese Kosten tragen müssen“, erklärte Dr. Daniel Goldmann von der VW AG. Die Automobilindustrie sehe das Auto als einen Rohstoff auf Rädern an, quasi eine sekundäre Rohstoffreserve vergleichbar mit Erz. Die Produktpolitik von VW wolle aus Problemen Chancen machen. Dies solle durch eine nutzerorientierte Produktion verwertbarer Materialströme aus Altfahrzeugen, unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und bei Minimierung der Kosten erfolgen. Goldmann kritisierte in diesem Zusammenhang die

nun soll das ohnehin vorhandene CO<sub>2</sub> nutzbar gemacht werden.

### Rohbau abgeschlossen

Bereits im Februar 2004 hatte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf den Standort der geplanten Biogasanlage in Strullendorf besichtigt. Das Vorhaben wurde nach Durchführung eines entsprechenden immissionschutzrechtlichen Verfahrens von der Regierung von Oberfranken genehmigt. Während des Genehmigungsverfahrens wurde um das Gelände der Gärtnerei und damit auch um den geplanten Standort der Biogasanlage

ein Damm errichtet. So ist neben den Gärtnerei auch die Biogasanlage vor einem möglichen Hochwasser ausreichend geschützt. Außerdem soll die vorhandene Zufahrtsstraße für den zu erwartenden Lieferverkehr entsprechend ausgebaut werden. Derzeit befindet sich die Anlage im Bau, der Rohbau ist fertig gestellt. Die Anlage soll im Sommer 2005 in Betrieb gehen.

Müller für die Offenhaltung der bisher schon genutzten Wege für eine leicht aufbereitete Fraktion. Die inerte Fraktion solle weiterhin im Bergversatz verwertet und der Rest in Müllverbrennungsanlagen einer energetischen Verwertung zugeführt werden. Laut Müller handelt es sich dabei zwar nicht um eine nachhaltige Lösung, garantiert aber im Rahmen der ersten Stufe zur Quotenerreichung 2006 die Entsorgungssicherheit bei den Abfallerzeugern.

### Intelligente Prozesse nutzen

Einen ganz anderen Ansatz lieferte Heiner Guschall von Si-Con GmbH. Sein Motto: „The best way to predict the future is to create it.“ Sein Verfahren, in dem 100 Prozent der Shredderrückstände betrachtet werden, stellt einen intelligenten Prozess dar, bei dem die Shredderrückstände nicht als lästiges Übel, sondern als Rohstoffe gesehen werden. Dazu werden die Rückstände in drei Fraktionen - Granulat, Flusen und Sand - aufbereitet und können dann in einem weiteren Veredelungsprozess nach den Vorgaben der einsetzenden Industrien bearbeitet werden. Über dieses modular aufgebaute Verfahren werden Produkte erzeugt, die Primärrohstoffe in den verschiedensten Bereichen, zum Beispiel als Reduktionsmittel im Hochofen, ersetzen können.

### Reduktionsmittel

Thomas Bürgler von der voestalpine Stahl GmbH in Linz gab einen Überblick über die Lage in Österreich, wo die DeponieVO bereits seit 01.01.2004 in Kraft ist. Das Unternehmen setzt in seinen Hochöfen 3 Mio. Tonnen/Jahr Roheisen ein. Pro Tonne Roheisen könnten 10 kg Abfälle, die als Reduktionsmittel geeignet sind, eingesetzt werden. Da Österreich über keine eigenen Rohstoffvorkommen verfügt und für die voestalpine Stahl GmbH enorme Transportkosten für die Anlieferung der pro Jahr notwendigen 3 Mio. Tonnen Roheisen, setzt das Unternehmen schon alleine aus Wettbewerbsgründen konsequent auf den Einsatz von Sekundärrohstoffen.

Zur langfristigen Absicherung des Standortes sei Substitution unbedingt erforderlich. Durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz haben sich dem Industrieunternehmen neue Rohstoffe erschlossen. So habe die voestalpine Stahl GmbH 16 Millionen Euro in eine Einblasanlage investiert, mit der in die beiden Hochöfen 220.000 Tonnen aufbereitete und definierte Kunststoffabfälle als Reduktionsmittel eingeblasen werden. Darunter werden zukünftig auch 20.000 t einer Shredderleicht-Fraktion sein, die nach dem VW-SiCon-Verfahren aufbereitet würden.

### Synthesegas und Methanol aus Abfällen

Eine weitere Möglichkeit zur stofflichen Verwertung stellte Dr. Hans-Joachim Sander von der Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum Schwarze Pumpe GmbH vor. Das Verfahren der SVZ ist als stoffliches Verfahren anerkannt. Mit ihm können pro Jahr 80.000 Tonnen pelletierte Shredderabfälle vergast werden. Nach der Abtrennung der Metalle, einer Inertfraktion und der

### Wohin mit den Resten?

Die bei der Vergärung entstehenden Reste sollen entweder zur Nachkompostierung in die Bamberger Kompostierungsanlage neben dem Müllheizkraftwerk verbracht oder von den in der BEB beteiligten Landwirten als wertvoller Dünger auf deren landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden. **DK**

Trocknung wird die pelletierte Fraktion mit Hausmüll gemischt und vergast. Aus den Abfällen erzeugt man Synthesegas und Methanol, die dann zu Strom bzw. Dampf umgewandelt werden. Sander: „Mit diesem Verfahren ist es möglich, heterogene Abfälle mit hoher Schadstoffbelastung und Verschmutzung umweltgerecht zu verwerten.“

### Verbrennung

Laut Ferdinand Kleppmann von der Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland ist eine Deponierung in keinem Falle mehr zu verantworten. Kleppmann wies darauf hin, dass die Möglichkeiten der Mitverbrennung einer entsprechend vorbereiteten Shredderleicht-Fraktion überall gegeben seien. Ein Müllheizkraftwerk mit Verwertungsstatus könne eine solche Fraktion mit einem Anteil von rund 5 Prozent problemlos mitverbrennen. Die Emissionen seien jeder Zeit beherrschbar. Auch die Ökobilanz spreche für eine Mitverbrennung in Anlagen zur energetischen Verwertung und durch die in modernen Müllheizkraftwerken eingebauten Filtersysteme sind die belastenden Emissionen beherrschbar.

Über die Lösung für einen Teil der Shredderleicht-Fraktion (SLF) im Bergversatz sprach Robert Franzen von der Firma AUREC GmbH, Bernburg. In einem komplexen Verfahren, bei dem auch die Sandfraktion aus der SLF eingesetzt wird, werde ein Versatzmaterial hergestellt, das die Festigkeit von Beton, aber nicht dessen Härte besitzt. Franzen betonte, dass der Bergversatz ebenfalls als stoffliche Verwertung anerkannt sei.

### Technische Aufbereitung

Als einziger deutscher Shredderbetreiber hat die Firma Scholz AG ein technisches Verfahren zur Aufbereitung der SLF entwickelt, das Volker Grunert, Scholz AG, Essingen vorstellte. Die Scholz AG entwickelte ein eigenes Verfahren, mit dem sie aus der SLF verschiedene Fraktionen erzeugt. Die metallische Fraktion gehe die altbewährten Wege und die Restfraktion - aufgesplittet in verschiedene Größenklassen und Produkte - wird in verschiedene energetische Verwertungswege geleitet. Die in Espenhain stehende Anlage ist seit Januar 2005 in Betrieb und ist in der Lage, 60.000 Tonnen/Jahr im Zweischichtbetrieb aufzubereiten. Das Verfahren befindet sich noch in der Probephase, weil noch nicht für alle erzeugten Fraktionen Abnehmer gefunden wurden.

### Umbruchphase erfordert mehr Dynamik

bvse-Hauptgeschäftsführer Fischer befürchtet durch die ab 1. Juni gültigen Vorgaben eine strukturelle Umbruchphase in der deutschen Schrottwirtschaft. Sein Fazit aus der Veranstaltung war, dass in Deutschland vor allem für mittelständische Unternehmen der Stahlrecyclingwirtschaft nun intensiv nachhaltige Lösungen genutzt werden müssten. Er verwies darauf, dass dieses Thema in den europäischen Nachbarländern offensichtlich erheblich dynamischer angegangen werde. **DK**

## Landbell mit elf Prozent Marktanteil

Wettbewerber DSD kämpft mit Restrukturierung

Bonn/München - Bereits im ersten Quartal hat die Landbell AG <http://www.landbell.de> ihr Planziel für 2005 erreicht. Der Mainzer Umwelt- und Entsorgungsspezialist erzielt nach deutlichem Wachstum einen aktuellen Marktanteil von 10,8 Prozent. Dies gab der Vorstandsvorsitzende der Landbell AG, Wolfgang Schertz, auf der Internationalen Fachmesse für Wasser-Abwasser-Abfall-Recycling (IFAT) in München bekannt.

„Die Landbell AG hat es in den vergangenen Jahren geschafft, sich als bislang einzige nennenswerte Alternative bei der Verpackungsentsorgung zu etablieren. Elf Prozent Marktanteil sind eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für einen Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe. Nun gilt es, den Abstand zu der im Umbau befindlichen DSD sukzessive zu verringern und auf weiteren Gebieten - beispielsweise beim E-Schrott-Recycling - in Führung zu gehen“, betonte Wolfgang Schertz.

### Schwierige Restrukturierungsphase

Landbell tritt seit August 2003 als erster Wettbewerber der DSD AG <http://www.dsd.de> auf und betreibt das Zweite Duale System zur Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen mit dem Grünen Punkt. Nach Ansicht von Schertz erhöht sich im mittlerweile liberalisierten Markt der Druck auf den ehemaligen Monopolisten, der inzwischen von amerikanischen Investoren übernommen wurde und sich in einer schwierigen Restrukturierungsphase befindet.

Nach Angaben des Landbell-Vorstands Hans-Günther Stehr dehnt sich der Wettbewerb bereits auf weitere Geschäftsfelder aus. Nach der haushaltsnahen Sammlung gewinnt die Selbstentsorgung an Bedeutung, die bisher ausschließlich eine Domäne der DSD-Wettbewerber gewesen ist. Doch in dieses Geschäftsfeld dringt jetzt das DSD vor, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete.

### Fullservice-Paket aus einer Hand

In der Vergangenheit war der Kölner Müllbetrieb wegen angeblich kartellartiger Strukturen in die Kritik geraten. Brancheninsider kritisieren daher die neuen Pläne des DSD, räumen dem Schritt aber keine großen Chancen ein, da der Kölner Anbieter mit den Umstrukturierungsmaßnahmen zunächst vollauf beschäftigt sei. „Noch aktueller ist jedoch die Diskussion über die Entsorgung und Verwertung von Elektroschrott. Mit der Landbell-Systemkooperation bieten wir der Industrie heute schon eine funktionierende Lösung an, die auf einem Fullservice-Paket aus einer Hand basiert“, so die Einschätzung von Stehr, der bei dem Mainzer Unternehmen für die Elektrogeräte-Entsorgung zuständig ist. **DK**



V. l.: Steffie Dück, Wolfgang Schraut, Erika Barth, Landrat Harald Leitherer, Angelika Löffler und Monika Böhm-Weniger.

Landkreis Schweinfurt:

## Ein Jahr lang von der Mülltonnen-Grundgebühr befreit

Große Resonanz beim Gewinnspiel im Abfallkalender 2005

Da lacht der Geldbeutel: Über ein Jahr freie Grundgebühr für die 120-Liter-Restmülltonne können sich Erika und Hans Barth aus Gerolzhofen freuen: Sie sind die Gewinner des Gewinnspiels, das die Abfallwirtschaft des Landkreises Schweinfurt im Abfallkalender 2005 veranstaltet hat. Den zweiten Preis, ein halbes Jahr freie Grundgebühr für die 120-Liter-Tonne, hat Angelika Löffler aus Hausen gewonnen. Über den dritten Preis, einen wertvollen Picknick-Koffer, freut sich Steffie Dück aus Gochsheim.

Die Preise übergaben Landrat Harald Leitherer, Wolfgang Schraut, Leiter der Abfallwirtschaft im Landkreis Schweinfurt, und Abfallberaterin Monika Böhm-Weniger im Landratsamt. Weitere 45 Preise (unter anderem Gutscheine für 250 Liter Kompost) werden den Gewinnern zugeschickt.

An dem Gewinnspiel nahmen insgesamt 1894 Landkreisbü-

ger teil. Dabei galt es, den Abfallkalender 2005 zu bewerten bzw. Verbesserungsvorschläge einzubringen.

### Hervorragende Bewertung

Etwa 1593 Teilnehmer, also über 85 Prozent, bewerteten den Kalender gut und übersichtlich, 255 fanden den Kalender ver-

besserungswürdig, 46 machten keine Anmerkungen.

### Verbesserungsvorschläge

Die Teilnehmer gaben aber auch konkrete Verbesserungsvorschläge ab: So wurde beispielsweise angeregt, die Kalenderdaten verschiedenfarbig zu kennzeichnen, eine Papiertonne einzuführen oder aber die Nachlieferung der gelben Säcke zu verbessern.

Mit dem Gewinnspiel gingen auch 910 Bestellungen nach weiteren Infomaterialien ein, außerdem konnten seitens der Abfallwirtschaft weitere 145 Fragen persönlich beantwortet werden.

## Sicheres Spielen dank Kunststoff

Erster Spielplatz aus Recyclingkunststoff erhält den Namen „Konfetti“

Köln/Geesthacht - Unter buntem Konfettiregen taufte der Kreispräsident des Kreises Herzogtum Lauenburg, Meinhard Füllner, in Geesthacht den bundesweit ersten „Recycling-Spielplatz“ auf den Namen „Konfetti“. Zu diesem Anlass weihte Füllner eine neue Hängebrücke aus Recyclingkunststoff ein. Auf dem großen Spielplatzfest informierten er und Bürgermeister Ingo Fokken zahlreiche Eltern und Kinder anlässlich des „Tag des sicheren Spielplatzes“ über notwendige Sicherheitsvorkehrungen und Verhaltensweisen beim Spielen.

Für diesen Aktionstag des Deutschen Grünen Kreuzes (DGK) hat Bundesministerin Renate Schmidt die Schirmherrschaft übernommen. Die Spielgeräte bestehen überwiegend aus „kunterbuntem“ Recyclingkunststoff. Das langlebige und robuste Material bietet im Vergleich zu Holz mehr Sicherheit vor Verletzungen und spart gleichzeitig Instandhaltungskosten. Unterstützt wurde das Projekt „Konfetti-Spielplatz“ von der Deutschen Gesellschaft für Kunststoff-Recycling mbH (DKR), die für die Duales System Deutschland AG (Grüner Punkt) Kunststoffverpackungen wiederverwertet.

### Material-Alternative

„Unsere Kinder brauchen Bewegung. Dafür eignet sich dieser neue Spielplatz hervorragend. Der farbenfrohe und kindgerechte Recyclingkunststoff eröffnet neue Gestaltungsmöglichkeiten und animiert zum Spiel. Zudem ist er für die Kommunen eine sinnvolle und wirtschaftliche Material-Alternative“, sagte Füllner.

Die schleswig-holsteinische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Gitta Trauernicht, ließ

ihre Grüße ausrichten und lobte „das gelungene Beispiel für eine Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung“. Geesthachts Bürgermeister Ingo Fokken freute sich über „die tolle Hängebrücke, die unseren Konfetti-Spielplatz für die Kinder noch attraktiver macht“. Die Brücke sei ein Beispiel für die vielen hochwertigen Produkte aus Recyclingkunststoff, betonte Uli Martin, Leiter Unternehmenskommunikation der DKR. Begeistert war Martin von der Reaktion der Kinder und vom Erfolg des Spielplatzes: „Seit eineinhalb Jahren wird er sehr gut angenommen. Das Material hat sich hervorragend bewährt.“

### Spezielles Faltblatt

Gebaut wurde der Spielplatz im Oktober 2003 gemeinsam von der Stadt Geesthacht und der DKR, die dieses Jahr das Deutsche Grüne Kreuz (DGK) beim „Tag des sicheren Spielplatzes“ unterstützt. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt hat die Schirmherrschaft für diesen Aktionstag übernommen.

Auf ein eigens dazu herausgegebenes Faltblatt wies Klaus Afflerbach vom DGK hin: „Dort finden Sie viele Informa-

tionen über Sicherheit auf Spielplätzen und tolle Anregungen für gemeinsame Spiele.“

Das Faltblatt gibt es kostenlos beim DGK, Forum Unfallprävention, Schuhmarkt 4, 35037 Marburg oder unter [www.dgk.de/spielplatz](http://www.dgk.de/spielplatz).

## High-Tech für die Abfallwirtschaft

Entsorgungswirtschaft auf der IFAT: Differenzierter Service mit leistungsstarker Technik

Anspruchsvolle Standards charakterisieren die Abfallwirtschaft in Deutschland und anderen Ländern der EU. Rechtliche Vorgaben und deren organisatorische Ausgestaltung bei den Unternehmen der Entsorgungswirtschaft sowie der Einsatz effizienter Technologien verbinden Entsorgungssicherheit mit Preiswürdigkeit und Umweltschutz.

Dem Gebot „Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung“ folgend, hat sich in weiten Bereichen der Güterproduktion die Abfallvermeidung als Teil der Herstellerverantwortung etabliert. Nicht vermeidbare Abfälle gelangen über den Weg der getrennten Erfassung oder Sortierung zu immer größeren Anteilen als wieder verwertbare Stoffströme in den Wirtschaftskreislauf zurück. Dabei sorgen wirkungsvolle Aufbereitungsverfahren für hohe Materialqualitäten. Gleichzeitig schrumpft die Fraktion jener Abfälle, die einer Restmüllbehandlung mit anschließender Entsorgung bedürfen.

### Kritischer Vergleich

Auf der IFAT 2005 in München, der wichtigsten Messeveranstaltung der Welt für Umwelt und Entsorgung, stellten sich die Dienstleistungsunternehmen und Anlagenbauer der Entsorgungsbranche sowie die Hersteller von Sammelfahrzeugen und Erfassungssystemen dem kritischen Vergleich durch das Fachpublikum.

### Konstantes Aufkommen

Beispiel Deutschland: Die Abfallstatistik zeigt für die Jahre 1996 bis 2000 ein nahezu konstantes Abfallaufkommen, das in dieser Zeitspanne von 391 Millionen Tonnen um geringfügige 3,5 Prozent auf 405 Millionen Tonnen angestiegen ist. Den Löwenanteil daran haben Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und Baustellenabfälle mit 62 Prozent (Daten: Umweltbundesamt). Weit ab folgen Abraummateriale aus dem Bergbau (12 Prozent), Abfälle des produzierenden Gewerbes (11 Prozent), Siedlungsabfälle (11 Prozent) und Sonderabfälle (4 Prozent). Die Menge der Siedlungsabfälle, die neben verwertbaren Fraktionen wie Bioabfall, Papier, Pappe, Glas, Metallen und Kunststoffen auch den Rest- und Sperrmüll aus Haushalten und Gewerbe umfassen, blieb im betrachteten Zeitraum fast unver-

ändert. Sie lag mit engen Schwankungsbreiten im Bereich um 45 Millionen Tonnen pro Jahr. Wenngleich die Recyclingquote bei den Siedlungsabfällen kontinuierlich gestiegen und der zu entsorgende Hausmüllanteil entsprechend gesunken ist, türmt sich dieser in 2000 dennoch zu einem Berg von 11,3 Millionen Tonnen (1996: 19,9 Millionen Tonnen).

### Behandlungsanlagen

Für dessen Entsorgung stehen in Deutschland 61 thermische und 28 mechanisch-biologische Behandlungsanlagen sowie 358 Hausmülldeponien zur Verfügung (Daten: Umweltbundesamt). Aufgabe der Behandlungsanlagen ist es, das Müllvolumen zu reduzieren und ein möglichst inertes Substrat zu erzielen, das dann einigermaßen risikofrei deponiert werden kann. So jedenfalls sieht es der Gesetzgeber vor, der ab Mitte 2005 jeder Ablagerung unbehandelter Abfälle den Riegel vorschleibt.

### Schließung von Altdeponien

Auf der Grundlage europäischer Abfallpolitik und entsprechender nationaler Rechtsvorschriften steht in Deutschland die Schließung einer Vielzahl von Altdeponien an, die heutigen Anforderungen nicht mehr genügen. Für deren Stilllegung und langjährige Nachsorge ist hochqualifiziertes deponietechnisches Know-how in gleicher Weise erforderlich, wie für den sachgemäßen Betrieb der weiterhin offenen Deponien. Sickerwasserfassung und Deponiegasausleitung sowie geeignete Oberflächenabdeckungen stehen da unter anderem auf dem Programm.

Im Kerngebiet der EU agiert die Entsorgungswirtschaft nahe am Stand der Technik. Dagegen besteht insbesondere bei den ost- und südosteuropäischen Mitgliedern noch erheblicher Nachholbedarf. Die Notwendigkeit, europäische Standards in nationales Recht umzusetzen, wird aus diesen Ländern viele

aufmerksame Besucher zur IFAT führen.

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu diesen und weiteren verfahrenstechnischen Fragen sind unter [www.deponieforschung.de](http://www.deponieforschung.de) in deutscher und englischer Sprache dokumentiert. Eine weitere Fundgrube in Sachen Deponiebetrieb ist die ebenfalls zweisprachige Website [www.deponie-stief.de](http://www.deponie-stief.de).

## „Deutsches Wissen für die Welt“

Der neue Suchdienst ASK-EU (Access to Sustainable Knowledge) [www.ask-eu.de](http://www.ask-eu.de) greift auf den größten Wissenspool der Umweltbranche zurück. Artikel aus Fachverlagen, Universitäten, Verbände sowie Wissenswerte in Form von Fallbeispielen, etc., erarbeitet von Kommunen und Ingenieurbüros werden - gegen Bezahlung - erstmals über eine online-Recherche sekundenschnell in vollem Umfang zugänglich.

Die dynamische, wissensorientierte Expertensuche führt unter direkter Relevanz zum eingegebenen Schlagwort Interessierte zu den hinter den Artikeln stehenden Personen und präsentiert deren Fachkompetenz. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW), Berlin soll nun dieses vorhandene Know-How durch gezielte Übersetzungen der wichtigsten Inhalte auch für den internationalen Sprachraum (bevorzugt in englisch und spanisch) verfügbar gemacht werden. Hierfür werden Sponsoren gesucht.

Die DGAW, vertreten durch Prof. Dr.-Ing. G. Rettenberger, unterstützt mit ihrem guten Namen die ia GmbH-Wissensmanagement und Ingenieurleistungen bei der Suche nach Sponsoren und nimmt selbst die Auswahl der Inhalte vor.

Landkreis Cham:

## Kinder entdecken den ÖPNV

Aktion der DB Regio Ostbayern, der VLC und des Landkreises

Noch haben viele Kinder und Jugendliche ein großes Informations- und Einstellungsdefizit gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr. Diese Lücke versucht der Landkreis zusammen mit der DB Regio AG Ostbayern und der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Cham (VLC) zu schließen. Aus diesem Grund lädt die DB Regio AG und die Verkehrsgemeinschaft Landkreis Cham in zeitlich unregelmäßigen Abständen zusammen mit dem Landratsamt Kindergärten zu kostenlosen Bahnfahrten im Landkreis ein. Die erste Aktion wurde jetzt mit dem Kindergarten Kötzing durchgeführt. Das Reiseziel des Kötzinger Kindergartens war Arrach, wo verschiedene Freizeiteinrichtungen der dortigen Region vorgestellt werden. Landrat Theo Zellner begrüßte und verabschiedete die Kindergartengruppe am Bahnhof.

Ein leistungsfähiger und attraktiver öffentlicher Personen- und Schienenpersonennahverkehr (ÖPNV/SPNV) ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen zukünftigen Mobilitätsanforderungen nicht nur in den Ballungszentren sondern auch im ländlichen Raum.

Die Bahn, aber auch die Busse erfüllen hier wichtige verkehrswirtschaftliche und umweltpolitische Funktionen. Zur Sicherung der Mobilität in Städten und Kommunen sind

Bahn und Busse daher unentbehrlich, so der Landrat. Aus diesem Grund hat sich der Landkreis mit Unterstützung der DB Regio Ostbayern und der VLC zu der Aktion „Kinder entdecken den ÖPNV entschlossen“.

### Mobilitätsgewinn

Mit dieser Maßnahme will man die Akzeptanz für die ÖPNV-Nutzung steigern und

den Kindern den Mobilitätsgewinn vor Augen führen. Außerdem soll das Image des ÖPNV verbessert werden, denn häufig gilt Auto fahren als cooler und die Bahn bzw. der Bus sind eine Einrichtung für unmobile gesellschaftliche Randgruppen.

### Die Umwelt schonen

Dabei besitzen viele Menschen kein Auto oder dürfen - so wie viele Jugendliche und Kinder - noch gar kein Auto fahren. Für sie alle ist es wichtig, dass sie mit der Bahn oder Bussen mobil sein können. Zu bedenken ist auch, dass jeder Autofahrer, der wenigstens ab und zu sein Auto mal stehen lässt und stattdessen die Bahn oder den Bus benutzt, die Umwelt schonen würde.

Mit der Kindergartenaktion sollen die Kinder neue Mobi-

litäts-Bezüge, aber auch interessante Freizeiteinrichtungen der Region entdecken. Vor allem soll Fahrfreude, ja sogar Fahrspaß vermittelt und der öffentliche Personennahverkehr sowie der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auch als Freizeitspaß dargestellt werden.

Über ein positives Erlebnis soll der Zugang zum ÖPNV und SPNV erleichtert werden. Aus diesem Grund wurde mit dem Seepark und dem Heimat- und Handwerkermuseum in Arrach ein attraktives Reiseziel ausgewählt.

### Spezifische Angebote

Für Verhaltens- und Einstellungsänderungen, so die bisherigen Erfahrungen, sind sachliche Informationen alleine nicht ausreichend. Eine viel wichtigere Rolle für Kinder spielen erlebnisorientierte und altersspezifische Angebote. Und ganz nebenbei werden den Kindern interessante Freizeiteinrichtungen in der Region vorgestellt, die mit der Bahn oder dem Bus erreichbar sind. **DK**

### Erstmals bei einer Fußball-Weltmeisterschaft:

## Stadionticket ist auch Nahverkehrsticket

Erstmals in der Geschichte der Fußball-Weltmeisterschaften wird bei der FIFA-WM 2006 in Deutschland allen Stadionbesuchern mit der Eintrittskarte zu den Spielen ein Kombiticket für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel geboten. Dies gaben Herbert König, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), und Franz Beckenbauer, Präsident des Organisationskomitees der FIFA WM 2006, bekannt.

Ebenfalls einmalig: Die Eintrittskarte zum Spiel berechtigt nicht nur für die Fahrt zum Stadion und zurück, sondern als Tageskarte am Spieltag vom Betriebsbeginn am frühen Morgen bis in die späte Nacht zum freizügigen Fahren mit Bussen und Bahnen in den jeweiligen Netzen der Verkehrsverbünde der zwölf Austragungsorte.

### Stressfreies Pendeln

Dies bedeute, dass die Besucher aus dem In- und Ausland schon morgens vor dem Spiel die Sehenswürdigkeiten der Region besuchen und zwischen Quartier, Innenstadt und Stadion Bus und Bahn fahren können, ohne zusätzlich eine Fahrkarte kaufen zu müssen. Nach dem Spiel können die Fans zu den zahlreichen Veranstaltungen in den Austragungsregionen und anschließend mit den vorhandenen Nachtbusangeboten sicher nach Hause oder ins Quartier fahren.

Der VDV hat für alle Austragungsorte und die dortigen Verkehrsunternehmen und Verbände mit dem Organisationskomitee der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2006 einen entsprechenden Rahmenvertrag ausgehandelt. Herbert König, Verhandlungsführer des VDV, betonte: „Es waren harte und langwierige, aber faire Verhandlungen. Mit dem Ergebnis können beide Seiten zufrieden sein. Vor allem aber den Fans aus dem In- und Ausland wird mit den Eintrittskarten - dem Motto der WM 'Die Welt zu Gast bei Freunden' entsprechend - ein attraktives

Zusatzangebot gemacht, um deren Mobilität vor Ort sicherzustellen“. Die FIFA-WM 2006 werde so, betonte König, zum Schaufenster für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland. Außerdem würden die Städte weitgehend wesentlich vom An- und Abreiseverkehr mit Pkw und dem Parkplatzsuchverkehr entlastet. Es werde sich zeigen, dass die Investitionen des Bundes, der Länder und der Kommunen in die Ertüchtigung der Infrastruktur von Bussen und Bahnen für die WM gut angelegtes Geld sei.

Mit dem Kombiticket sei ein wesentliches Ziel im Umweltkonzept „Green Goal“ für die FIFA WM 2006 erreicht. OK-Präsident Franz Beckenbauer erklärte: „Bei der Weltmeisterschaft schaut die ganze Welt auf Deutschland. Da wollen wir natürlich auch beim Umweltschutz vorbildlich sein.“ „Green Goal“ beziehe sich auf die vier Kernbereiche Wasser, Abfall, Energie und Mobilität. Im Bereich Mobilität werde ein Anteil des ÖPNV von mindestens 50 Prozent (inklusive der Reisebusse für Gruppen) angestrebt. **KS**

## Kanzlers Forderung

Lange ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder auf sich warten. Mit einer Dreiviertelstunde Verspätung schließlich kam er zur Verleihung des Herbert-Richl-Heyse-Preises am Literaturhaus in München an. Seine Erklärung: „Ich bitte Sie um Entschuldigung für die Verspätung, obwohl OB Christian Ude daran schuld ist.“ Denn dass er von Berlin nach München nur 50 Minuten gebraucht habe, aber in München dann eineinhalb Stunden unterwegs war, veranlasste den Kanzler zu der Forderung: „Der Transrapid muss her, und wenn's die halbe Stadt kostet.“ **KS**

## Dampf machen für den Flughafen-Anschluss

Initiative „Pro Marzlinger Spange“ erfährt neue Unterstützung aus der Wirtschaft

Er vertritt die Idee, aus Ostbayern und den benachbarten EU-Staaten mit durchgehenden Zügen zum Flughafen im Erdinger Moos zu gelangen. Und dieser überregionale Verbund, im Jahr 1999 von Oberbürgermeister Josef Deimer ins Leben gerufen, freut sich über immer mehr Rückenwind. Besonders im Landkreis Rottal-Inn sowie in den Räumen Deggendorf und Regensburg, aber auch in der nördlichen Oberpfalz entschlossen sich spontan Unternehmen zur Mitgliedschaft in der Initiative „Pro Marzlinger Spange“.

Als eine seiner ersten Amtshandlungen kurbelte Landshut Oberbürgermeister Hans Rampf eine Werbeaktion an, der 25 Firmen folgten - unter ihnen der Marktführer für Gebläse und Ventilatoren, ebm-papst in Landshut als 100. Träger.

### Direkte Anbindung ist ein Standortvorteil

Dessen Geschäftsführer Dr. Johannes Schmidt verriet anlässlich einer Pressekonferenz, warum man sich als weltweit operierendes Unternehmen der Initiative angeschlossen hat. Wer einen hohen Exportanteil hat, müsse oft hinaus zu den Kunden und empfangen sehr oft Geschäftspartner aus aller Herren Länder. „Zudem stehen wir nicht nur im Wettbewerb um Kunden, sondern auch um hoch qualifizierte Mitarbeiter.“ Daher sei eine direkte und umsteigerfreie Anbindung an die transkontinentale Luftdrehmaschine München ein entscheidender Standortvorteil.

Detailliert auf die Bedenken des Naturschutzes ging OB Rampf ein. Natürlich bringe jeder Bau von Verkehrs-Infrastruktur auch Eingriffe in Natur und Landschaft mit sich. Diese

müssten einerseits so gering wie möglich gehalten werden. Wenn man andererseits jedoch mehr als zwei Millionen Fahrten pro Jahr von der Straße auf die Schiene verlagern könne, sei dies ein unbestreitbarer Nutzen für die Umwelt. Diese beiden Belange gelte es, fair gegeneinander abzuwägen.

Peter Barteit schilderte als Geschäftsführer der Initiative den aktuellen Stand des Verfahrens. Die Marzlinger Spange sei in einem Raumordnungsverfahren positiv begutachtet worden. Als Baumaßnahme des Schienenfernverkehrs habe nun der Bund für die Umsetzung die Zuständigkeit. Mit intensiver Lobbyarbeit müsse es gelingen, das Projekt in den nächsten Investitionsplan für die Jahre 2009 bis 2013 unterzubringen. Die Initiative unterstütze aber auch die von Staatsminister Otto Wiesheu favorisierte Neufahrer Gegenkurve. Diese sei als Verlängerung der S-Bahn vor dem Jahr 2010 zu realisieren und bringe bereits eine Verbesserung der gegenwärtigen Verkehrsmisere mit sich. Eine großräumig wirksame Fernanbindung könne jedoch nur über die Marzlinger Spange realisiert werden. **DK**



## Bayerwald-Ticket mit NETS-AWARD ausgezeichnet

Das Bayerwald-Ticket ist weiter auf Erfolgskurs. Nicht nur dass sich der Fahrschein für die Region zunehmender Beliebtheit bei Feriengästen und Einheimischen erfreut. Das Bayerwald-Ticket kann sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen. Vor kurzem nahmen Landrat Heinz Wölfl (rechts) und Christina Wibmer vom Nationalpark-Verkehrsprojekt am Landratsamt Regen, stellvertretend für die Verkehrsunternehmen DB Regio AG, RBO, Regental Bahnbetriebs GmbH, Verkehrsunternehmen Lambürger und Wenzl, die das Bayerwald-Ticket ermöglichen, auf der ITB in Berlin den Sonderpreis NETS AWARD in Empfang.

### Innovative Urlaubsangebote

Der NETS AWARD zeichnet innovative Urlaubsangebote aus, die eine Bahnreise beinhalten. Der AWARD wurde von NETS und ECOTRANS, zwei europäischen Netzwerken für nachhaltige Tourismusentwicklung, mit Unterstützung des Österreichischen Lebensministeriums und dem Schweizer Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) erstmals ausgelobt. Den AWARD gab es in den Kategorien Berge, Städte, Schutzgebiete, Land, Sonne-Strand-Meer. Für das Bayerwald-Ticket gab es einen Sonderpreis, weil hier vorbildliche Mobilität in der Urlaubsregion geboten wird. KulTOUR in der Waldbahn, Wander-, Rad- und Loipentourenvorschläge mit ÖPNV-Anschluss und die gute Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern im Tourismus waren entscheidend für die Auszeichnung. Bei der Preisverleihung durch Eugenio Yunis von der World Tourism Organisation (WTO), im Rahmen eines Empfangs im Internationalen Congress Center wurde deutlich, dass ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot für Tourismusregionen zunehmend zum Qualitätsmerkmal wird. Mit dem Bayerwald-Ticket, dem Nationalpark und Naturpark sowie in Verbindung mit den regionalen Produkten, wie sie die Bayerwald Marketing GmbH fördert, hat die Region beste Voraussetzungen, sich im Bereich des nachhaltigen Tourismus zu profilieren. Die Auszeichnung mit dem NETS AWARD ist eine erfreuliche Bestätigung in der Arbeit und dem Bemühen um die kontinuierliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots in der Nationalpark-Region. **KS**



V. l.: Peter Barteit, Koordinator der Initiative, der Landshuter Wirtschaftsreferent Rupert Aigner, Oberbürgermeister Hans Rampf und ebm-papst-Geschäftsführer Dr. Johannes Schmidt. **KS**

## ÖPNV größter Feinstaub-Vermeider in Deutschland

Wer Bus und Bahn nutzt, vermeidet große Mengen Feinstaub. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) legte neue Berechnungen dazu vor, wie viel Feinstaub die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln spart.

„Der ÖPNV-Nutzer ist der größte Feinstaub-Vermeider in Deutschland“, sagte VDV-Präsident Günter Elste in Berlin. Denn Busse und Bahnen ersetzen täglich 18 Millionen Pkw-Fahrten. 26 Millionen Menschen nutzen jeden Tag das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs und leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der Luft.

„Jeder Fahrgast in einem Bus verursacht bis zu 400 Mal weniger Feinstäube als der Fahrer eines Diesel-Pkws“, erklärte Elste. Die Berechnung bezieht sich auf die Fahrt eines Fahrgastes in einem voll besetzten Zwei-Achsbus mit Rußpartikelfilter im Vergleich zu der Fahrt eines Alleinfahrers im Diesel-Pkw ohne Filter. „Selbst wenn der Diesel-Pkw ebenfalls einen Rußpartikelfilter hätte“, so Elste weiter, „verursacht der Fahrer mit seinem Auto immer noch 15 Mal mehr Feinstäube als der Fahrgast im Bus.“ Allerdings sei unklar, wie viele Dieselfahrzeuge in Deutschland heute überhaupt einen Rußpartikelfilter besitzen, so Elste. Hingegen sei fast jeder zweite Bus (circa 43,5 Prozent) im VDV bereits mit einem Rußpartikelfilter ausgerüstet.

Die Untersuchung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen ermittelte zudem eine hohe Energieeffizienz des ÖPNV. So verbraucht ein normaler Stadtbuss (12-Meter-Standardbus oder Niederflur-Gelenkbus) bei voller Besetzung nur 0,5 Liter Dieseldieselkraftstoff pro Fahrgast auf 100 Kilometern. Selbst bei einer durchschnittlichen Auslastung der Busse beträgt der Dieseldieselkraftstoffverbrauch pro Fahrgast auf 100 Kilometern nur 2 Liter, während Diesel-Pkw durchschnittlich über 7 Liter pro 100 Kilometer verbrauchen. **KS**

Schwäbische Bürgermeisterkonferenz in Lauingen:

## Kommunale Agenda 21 muss leistungsfähiger werden!

Lauingen (jdt). „Neue Impulse und neuen Schwung“ für die Kommunale Agenda 21 in Bayern wollte die Bürgermeisterkonferenz für den Regierungsbezirk Schwaben im Bildungszentrum Lauingen der Bayerischen Verwaltungsschule vermitteln. Eingeladen hatten Regierungspräsident Ludwig Schmid und Bürgermeister Anton Lang, Elchingen, Vorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben des Bayerischen Gemeindetages.

In den Mittelpunkt rückte der Vortrag von Staatssekretärin Emilia Müller vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Sie betonte als entscheidende Botschaft für die Neuausrichtung der Kommunalen Agenda 21 im Freistaat die Förderung der aktiven Mitgestaltung der Zukunft durch alle Bürgerinnen und Bürger.

Regierungspräsident Schmid stellte zum Auftakt fest, die Bayerische Staatsregierung habe sich im Umweltpakt zur Förderung der lokalen Agenda 21-Prozesse verpflichtet und damit den Stellenwert der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene für die Zukunftsfähigkeit des Landes unterstrichen.

### Schwierige Umsetzung

Hinzugefügt wurde von Ludwig Schmid jedoch, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zwar bestechend sei, seine Umsetzung jedoch sich als schwierig erwiesen habe: „Heute müssen wir feststellen, dass trotz einer Fülle von überzeugenden Beispielen die Agenda-Arbeit

noch kein Breitenphänomen geworden ist. Positiv gesehen, verfügen wir also noch über ein großes Potential, das es zu erschließen gilt“. Gerade in Zeiten fehlender finanzieller Spielräume, so der Regierungspräsident, biete die Aktivierung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für und im Gemeindegesehen die Möglichkeit, Projekte zu realisieren, die ansonsten nicht zu finanzieren wären.

### Identifikation des Bürgers

Eine der großen Chancen der Agenda 21 liege jedoch jenseits der konkreten Projekte in der Förderung der Bürgergesellschaft allgemein. Die Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Gemeinde sei der Schlüssel für eine intakte Umwelt. Gerade auch die wachsenden sozialen Probleme könnten von den Kommunen mit bürgerschaftlichem Engagement besser bewältigt werden. Dies setze jedoch, so hob Schmid hervor, die Bereitschaft der politischen Gremien und der Verwaltung voraus, die Bürgerinnen und Bürger in nicht unerheblichem Maße an Entscheidungen mit ein-

zubinden und letztlich auch mit in die Verantwortung zu nehmen. Hingewiesen wurde u.a. auf die Informationsmöglichkeiten beim Landesamt für Umweltschutz und durch die Regierung von Schwaben.

### Investitionskraft stärken

Bürgermeister Toni Klotz, Haldenwang (Vorstandsmitglied im Bezirksverband Schwaben des Bayerischen Gemeindetages), stellte in seinem Grußwort fest, dass die Kommunale Agenda 21 in den letzten Jahren an Schwung verloren habe. Den Gemeinden fehle auch die Investitionskraft. Diese müsse unbedingt gestärkt werden. Sonst gerieten die „kommunalen Familien“ in eine schwierige Zerreißprobe. Lauingens Bürgermeister Wolfgang Schenk berichtete von positiven Beispielen der Nutzung von privaten Initiativen in der Donaustadt.

In ihrem mit lebhaftem Beifall

### Drei-Jahres-Bilanz von OB Dr. Thomas Jung:

## Fürther Selbstbewusstsein

Auf alles andere als eine „Politik der Untätigkeit und dauerhaften Hängepartie“ kann Fürth's Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung verweisen. In seiner mittlerweile dreijährigen Amtszeit sei es ihm gelungen, das Selbstbewusstsein der mittelfränkischen Stadt und deren Beachtung in der Region zu stärken, so der Rathauschef in einer Zwischenbilanz.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung zur Solarstadt Nr. 1 in Bayern und die Darstellung als Großstadt mit der höchsten Denkmaldichte in Deutschland, mit einer erfolgreichen mittelständischen Wirtschaft von Weltformat sowie mit kurzen Wegen und vielfältigen Grünflächen.

Zu den wichtigsten Vorhaben zählt zunächst die Ansiedlung der neuen IKEA mit Selgros und die damit verbundene Sicherung und Schaffung von insgesamt 550 Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung des alten Flughafengeländes in Atzenhof zu einem modernen Gewerbepark. Die Betreuungssituation, die EDV-Ausstattung und das Raumangebot an den Fürther Schulen wurde deutlich verbessert. Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftssicherung der Stadt ist auch die erfolgreiche Thermalquellenbohrung und die Grundlage für die Errichtung eines Thermalbades

geld bei Heimunterbringung!

Durch die Möglichkeit eines schnelleren Entzugs des Sorgerechts bei Vernachlässigung und Verwahrlosung von Kindern soll ein stärkerer Schutz des Kindeswohls erreicht werden.

Es wird ferner ausdrücklich begrüßt, dass die bisher im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) angesiedelten Hilfen für behinderte Kinder und Jugendliche wieder in das Sozialgesetzbuch XII übergeführt werden sollen, um damit die Aufteilung der Eingliederungshilfe in Jugendhilfe (für seelisch Behinderte) und in Sozialhilfe (für geistig und körperlich Behinderte) zu beenden und eine Gleichbehandlung aller jungen Menschen mit Behinderung zu erreichen.

Diese Sonderzuständigkeit der Jugendhilfe für seelisch behinderte junge Menschen hat sich, wie auch die gesammelten Missbrauchsfälle der Landkreise gezeigt haben, nicht bewährt. Die

aufgenommenen Vortrag bezeichnete Staatssekretärin Emilia Müller die Kommunale Agenda 21 auf der Ebene der Kommunen als hervorragendes Instrument, den Bürgersinn der Menschen wieder nachhaltig zu wecken und zu stärken. Von der TU München seien im Auftrag des Ministeriums die Agenda-Prozesse in Bayern umfassend untersucht worden. Die Ergebnisse könnten sich durchaus sehen lassen. Über 800 Agenda-Prozesse seien ins Leben gerufen worden und 40 Prozent aller Kommunen dabei. Dabei habe es „Höhen und Tiefen“ gegeben. Dennoch seien in vielen Gemeinden dauerhaft etablierte Agenden entstanden.

### Keine Modeerscheinung

Nun dürfe man sich, wie die Politikerin bekräftigte, nicht auf den Erfolgen ausruhen, zumal in einer ganzen Reihe von Gemeinden die Kommunale Agenda 21 wieder zum Erliegen gekommen sei. Durchsetzen müsse sich die Erkenntnis, dass es sich hier um mehr handle als um eine „bloße Modeerscheinung“. Nachhaltigkeitspolitik sei gefordert bei der Förderung der aktiven Bürgergesellschaft. Nach den bisherigen Erfahrungen appellierte Emilia Müller an die schwäbischen Bür-



V. r.: Bürgermeister Wolfgang Schenk, Lauingen, Landrat Leo Schrell, Dillingen, Staatssekretärin Müller, Dr. Heinrich Wiethe-Körprich, Regierungspräsident Ludwig Schmid, Marcus Kleebauer (Stadt Lauingen), Bürgermeister Toni Klotz vom Bezirksverband des Gemeindetages, die Dillinger Gemeindetags-Kreisvorsitzende und Bürgermeisterin von Höchstädt, Hildegard Wanner. Bild: -jdt-

germeister: „Die KA 21 kann und muss leistungsfähiger werden. Lassen Sie uns dieses Ziel gemeinsam verfolgen“. Hier würden den Kommunen große Chancen geboten, die Zukunft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

### Wertvolle Arbeitshilfe

Die Evaluierung durch die TU München habe die wichtigsten Schwierigkeiten gezeigt, mit denen Kommunen im Agenda-Prozess zu kämpfen hätten: unklare Rollenverteilung unter den Beteiligten, Fernbleiben der Mandatsträger, Fehlen eines klaren Fahrplans, unzureichende Einbindung der Bürger und „Befassung mit Verlegenheitsthemen“. Über die Evaluierung habe das Ministerium eine Broschüre erarbeitet, die umfangreichste Untersuchung dieser Art in Deutschland und eine wertvolle Arbeitshilfe für alle Agenda-Prozesse. Diese könne beim Ministerium bestellt oder auch direkt von der Internetseite geladen werden. Alle Grundsätze für die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der KA 21 seien in der Dokumentation erfasst.

### „21 Kommunen“

Besonders machte Emilia Müller auf das neu gestartete Projekt „21 Kommunen“ aufmerksam. Dort werde vom Ministerium in enger Abstimmung mit dem Gemeindetag ausgelotet, welche Handlungsspielräume die Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung hätten. Von 21 bayerischen Bürgermeistern würden

intra-Erdgastankstellen in Fürth und Langenenn. Erstmals wurden darüber hinaus umweltfreundliche Stirlingmotoren zur Energieerzeugung eingesetzt. Nach drei Jahren intensiver Arbeit konnte mit der Schaffung zusätzlicher Gruppen ein Kindergartenplatz für jedes Kind erreicht werden. 15 Kinderspielflächen - ein Rekord - wurden saniert oder neu angelegt.

Nach den jüngsten Polizeistatistiken hat Fürth wieder den Titel der sichersten Großstadt bayern- und deutschlandweit erhalten. Wie OB Jung zudem betonte, gelang es Fürth im Gegensatz zu vielen anderen bayerischen Städten jedes Jahr, einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Die Höhe der Verschuldung der Stadt liegt im Vergleich zu anderen bayerischen Großstädten in der unteren Hälfte.

Erstmals wurde für die Stadtverwaltung und Stadtratsscheidungen ein Controllingsystem eingeführt. Gemeinsam mit dem Einsatz von Projektbeauftragten erfolgte eine beschleunigte und effektive Umsetzung von stadtpolitischen Zielprojekten. **DK**

### Treffen mittelfränkischer Landräte in Neustadt/Aisch:

## Bitte um Unterstützung für Gesetzesinitiative

„Liste der sozialen Missbrauchsfälle“ aus Mittelfranken wird im Bundestag diskutiert

„Jetzt besteht die einmalige Chance, die Landkreise und Städte von Kosten zu befreien, die der Staat ihnen unnötig aufbürdet“, so die mittelfränkischen Landräte bei ihrem Treffen in Neustadt/Aisch.

Viele Vorschläge aus der „Liste von Fällen des legalen Missbrauchs“ der mittelfränkischen Landräte vom März 2004 werden in den nächsten Wochen im Deutschen Bundestag beraten. Das dabei zu beschließende „Kommunale Entlastungsgesetz“ hat das Ziel, die Kommunen jährlich bundesweit um 300 Mio. Euro bei der Sozialhilfe und rd. 250 Mio. Euro bei der Jugendhilfe zu entlasten. In einem Brief an die Bundestags-Abgeordneten Mittelfrankens appellieren die Landräte, das Gesetz unbedingt zu unterstützen.

Landrätin Dr. Gabriele Pauli hofft auf einen Durchbruch: „Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen und Sozialleistungen verstärkt am tatsächlichen Bedarf zu orientieren, ist die Umsetzung dieses Gesetzesvorhabens für die Landkreise und Städte eine absolute Notwendigkeit“, so Dr. Gabriele Pauli anlässlich eines Treffens der mittelfränkischen Landräte am 10. Mai in Neustadt.

Mit einem „Katalog des legalen Missbrauchs“ haben im Frühjahr vergangenen Jahres die mittelfränkischen Landräte anhand konkreter Beispiele aus ihrer Praxis auf Lücken und Widersprüchlichkeiten in Sozialgesetzen hingewiesen. Dabei stellte sich heraus, dass viele Abgeordnete teilweise nicht konkret wussten, zu welchen enormen finanziellen Belastungen die von ihnen einst beschlossenen Gesetze bei den Landkreisen und Städten führen.

So reicht beispielsweise allein

der Nachweis einer „seelischen Bedrohung“ eines Kindes mittels Gutachten aus, dass die Eltern - unabhängig von ihrem Einkommen - im Rahmen der gesetzlichen Eingliederungshilfe vom Sozialamt Frühförderleistungen von mehreren Tausend Euro im Jahr erstattet bekommen. Die Beurteilung des Kindes durch aufwändige Tests und Gutachten erfolgt ebenfalls für die Eltern umsonst.

Das „Kommunale Entlastungsgesetz“, das auf einer Gesetzesinitiative des Freistaats Bayerns beruht, sieht u. a. folgende Regelungen vor: Bislang wird bei der Gewährung sozialer Leistungen nicht nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der kommunalen Träger gefragt. Mit der gesetzlichen Änderung soll der Vorbehalt der haushaltsmäßigen Finanzierbarkeit eingeführt werden (Finanzkraftklausel für die Kommunen).

Mehr Eigenverantwortung der Eltern bei Jugendhilfeleistungen wird durch eine stärkere Kostenbeteiligung erreicht: Vermögendere Eltern sollen sich künftig stärker an den Kosten für Jugendhilfemaßnahmen beteiligen. Gleichzeitig soll eine Verwaltungsvereinfachung durch pauschalierte Kostenbeiträge erreicht werden.

Eltern vernachlässigter Kinder, die auf Kosten der öffentlichen Jugendhilfe im Heim erzogen werden müssen, sollen künftig kein Kindergeld kassieren, sondern dies dem leistenden Jugendhilfeträger überlassen. Dies war eine ganz zentrale Forderung der Praxis: Kein Kinder-



Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung in Landshut:

## Heimat hat Konjunktur!

„Nähe und Weitblick - Regionale Identität in Zeiten von Wandel und Globalisierung“ lautete das Thema eines Symposiums der Hanns-Seidel-Stiftung im Rahmen der Messe „Heimat und Brauchtum“ in Landshut. Im Konferenzraum der Sparkassenarena diskutierten Abt Dr. Odilo Lechner OSB, Dr. Karin Dengler-Schreiber (Historikerin und Stadtheimatpflegerin von Bamberg), Prof. Dr. Reinhard Heydenreuter (Archivdirektor am Bayerischen Hauptstaatsarchiv) und Dr. Maximilian Seefelder (Bezirksheimatpfleger Niederbayern). Als Moderator fungierte Martin Wölmüller, Geschäftsführer des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege.

„Gerade in Bayern, wo wir dem Begriff der Heimat besonderen Rang beimessen, ist es wertvoll, sich darüber immer wieder Klarheit zu verschaffen“, betonte der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, in seinem Grußwort.

### Problematisches Spannungsverhältnis

Heimat und Brauchtum erschienen in vieler Hinsicht gefährdet. Durch die moderne Kommunikationstechnik, die globalisierte Medienwelt und die kontinuierliche Verflachung der regionalen Dialekte drohe permanent Identität verloren zu gehen. Kommerzialisierter folkloristischer Kitsch und traditionelles Brauchtum stünden in einem problematischen Spannungsverhältnis. Der beschleunigte Strukturwandel der Weltwirtschaft hinterlasse tiefe Spuren in der Arbeits- und Lebenswelt, verändert die Unterneh-

men und die täglichen Gewohnheiten jedes Einzelnen.

Immer deutlicher sei erkennbar, „dass Heimat in der Zeit wachsender Mobilität ein starkes geistig-seelisches und soziales Bedürfnis der Menschen ist“. Im 21. Jahrhundert sei es wichtig zu erkennen, „dass wir umso offener sein können, je fester wir verankert sind“. Diese Einsicht gewinne in der globalmobilen Kultur auch an politischer Relevanz, so Zehetmair: „Wer sich selbst als Fremder in seiner Welt fühlt, macht leicht die Fremden dafür verantwortlich. Deshalb ist die Vermittlung eines tiefen Heimatgefühls heute wieder enorm wichtig geworden. Heimat hat Konjunktur.“

### Vielfältiges Gebilde

„Heimat, besonders wenn wir sie mit historischer Neugier betrachten, ist ein vielfältiges Gebilde“, erklärte Prof. Dr. Reinhard Heydenreuter vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Hei-

mat sei der Ort, wo man sich nicht nur wohlfühle, sondern auch neugierig sei auf die konkrete Geschichte. Heimatgeschichte befasse sich nicht nur mit begrenzten Räumen, „sondern nimmt auch die einzelnen Menschen mit ihrem Weh und Ach zur Kenntnis“.

### Kleine Einheiten

Die Beschäftigung mit dem begrenzten Raum (etwa einer Gemeinde) und dem einzelnen Menschen stelle sich schwieriger dar als das oberflächliche Gleiten über Staats- und Weltgeschichte, bemerkte Heydenreuter. So sei das Lesen und Interpretieren einer Dorfordnung des 16. Jahrhunderts oder einer Armenrechnung des 19. Jahrhunderts weit komplizierter als die Darstellung einer Staatshandlung des 19. Jahrhunderts. Alles Große wachse im begrenzten Raum, heiße ein Sprichwort. Deswegen sei die Beschäftigung mit den kleinen Einheiten nicht nur die Voraussetzung für das Verständnis der großen Zusammenhänge, sie schütze auch davor, vorschnelle und falsche Schlüsse zu ziehen. „Vor allem“, so der Direktor, „schützt sie vor falschem Patriotismus und Verallgemeinerungen, wie sie uns gerne die Politik und die politische Geschichtsschreibung beschert.“

### Wenig Platz für Spekulationen

„Heimatgeschichte im engen Sinne, die sich auf eng umgrenzte Geschichtslandschaften bezieht und insbesondere auf Menschen, ist immer unbestechlich, da sie wenig Platz für Spekulationen lässt“, fuhr Heydenreuter fort. Dabei habe sie nichts mit Heimmattümelei zu tun - im Gegenteil: „Die historische Neugierde und die historische Hinwendung zur Heimat kommen nicht ohne die dunklen Seiten der Geschichte aus.“ So werde Heimatgeschichte zum Heil- und Vorbeugemittel für alle falschen Töne und jeden falschen Jubel „und zwar nicht zuletzt deswegen, weil sie mühsam ist und viel Geduld erfordert“.



## Lust machen auf Ferien im Odenwald

Landräte warben auf dem Mannheimer Maimarkt

Bei ihrem Werbefeldzug durch den Odenwald konnten die Landräte Roland Schwing (Landkreis Miltenberg, 2. v. l.), Detlef Piepenburg (Neckar-Odenwald-Kreis, 1.) und Horst Schnur (Odenwaldkreis, r.) auf dem Mannheimer Maimarkt wieder allerlei Interessantes vorstellen. Der Auftritt der Landräte im Gläsernen Studio von SWR 4 Kurpfalz Radio lockte so manchen Odenwald-Interessierten zum Verweilen. Allerlei Neues wurde hier vorgestellt, unter anderem das 3-Länder Rad-Event vom 11.-13. August 2005. Der neue Wanderprospekt „Odenwald-Schmetterling“ wurde - noch ganz druckfrisch - erstmals auf der Messe ausgegeben.

Die Vermarktung des Odenwaldes über Landesgrenzen hinweg ist ein besonderes Anliegen der Landräte. Erfolgreich wird seit Jahren kooperativ zusammengearbeitet. Gemeinschafts-Events, gemeinsame Rad- und Wanderprospekte sowie ein einheitliches Erscheinen und Auftreten in Prospekten durch ein einheitliches Logo sind zahlreiche Maßnahmen für eine länderübergreifende Vermarktung der Ferienregion Odenwald.

## GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Die Idee ist so überzeugend wie naheliegend und genial - hätte mir eigentlich meine Verwaltung vorschlagen sollen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist schon so lange an der Spitze dieser Verwaltung, dass er der Meinung zuneigt, alle erhellende Weisheit käme aus den Amtsstuben - sofern nicht ihm selbst die Erleuchtung kommt. Jetzt muss er zugeben, dass auch Stadträte oft klasse Einfälle haben.

Drei Dinge machen es ihm leichter, die Urheberschaft für den Vorschlag nicht für sich allein reklamieren zu können: Erstens stammt die Idee von seiner Lieblingsstadträtin Claudia Elfer, zweitens ist sie damit nicht öffentlich vorgeprescht, sondern hat sich erst mal vertrauensvoll mit dem Chef besprochen, und drittens könnte es auch Gegenwind von verschiedenen Seiten geben und da zieht sich unser Bürger-

## Einbürgerungsfeiern - eine geniale Idee

meister auch gern mal in einen Windschatten zurück.

Frau Dr. Elfer wird nämlich per Stadtratsantrag fordern, dass in unserer Stadt zukünftig Einbürgerungsfeiern abgehalten werden, in deren Rahmen dann feierlich die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen wird - mit Fahne, Hymne und allem, was zu einem besonderen Tag gehört. Denn bis jetzt ist es bei uns so wie in vielen Gemeinden, dass die Neubürger einfach ihre Urkunde und den Bescheid über die Verwaltungsgebühren bekommen. Der Grad der Feierlichkeit eines solchen Akts entspricht der Zuteilung eines neuen Nummernschilds fürs Auto.

Dabei ist die Einbürgerung ein einmaliger und einschneidender Abschnitt im Leben eines Menschen. Jedenfalls dürfte das die Regel sein. Die mehreren Zehntausend Türken, die nach der Einbürgerung in Deutschland sofort wieder in den Schoss der Staatsbürgerschaft ihrer anatolischen Heimat zurückkehrten, ohne dies den deutschen Behörden anzuzeigen, sind doch hoffentlich die Ausnahme und eher ein Anreiz, die

Gesetzeslage nachzubessern. Denken wir doch an die Eheschließung vor dem Standesbeamten. Rein statistisch ist fast jeder dritte Deutsche mehr als einmal Gast im Trauzimmer. Und was wird da für ein Aufwand betrieben, mit Hochzeitsmarsch vom Band und feierlicher Unterschriftenleitung. Nein, da ist es schon vernünftig, wenn auch bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft ein wenig feierlicher Geist herrscht.

Klar, die ewigen Nörgler, die auch am Bundespräsidenten kein gutes Haar lassen, wenn er seinen Stolz auf unser Vaterland bekennet, werden dies als nationalistisches Symbolisieren bezeichnen. Schließlich sind wir die einzige Nation auf dieser Erde, in der die Regierung die Abschaffung des Nationalfeiertags fordern kann, ohne zurücktreten zu müssen. Aber große Demokratien wie die Vereinigten Staaten nutzen Einbürgerungsfeiern, um den Neubürgern noch einmal eines mitzugeben, das über den Respekt für die Flagge, den Gesang der Nationalhymne und die Kenntnis der Geschichte hinausreicht: das Bewusstsein, dass man sich als Eingebürgerter einer neuen Schicksalsgemeinschaft anschließt, die sich Nation nennt, und deren Vorteile, aber auch deren Belastungen man hinkünftig teilt.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird Dr. Claudia Elfer zwar den Vortritt lassen, wenn es um die Verteidigung des Vorschlags geht, aber diese Einbürgerungsfeiern bestimmt einführen. Da ist das Geld allemal sinnvoller angelegt als bei Jungbürgerfeiern oder sonstigen Events, die staatsbürgerliches Bewusstsein auf unterhaltsame Art festigen wollen. Auf dem heutigen Kalenderblatt steht übrigens, was der französische Politologe Alfred Grosser in der Abschiedsitzung des Bundestags aus Bonn gesagt hat: „Die Deutschen sollten aus vollem Hals singen: Einigkeit und Recht und Freiheit. Alles andere ist eine Trauer, die sich nicht ziert angesichts einer Zukunft, die viel gewisser ist als die der meisten Länder der Erde.“

the  
Sabrina

KPV Bad Tölz-Wolfratshausen:

## Die Kommunen im Reformprozess

Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Bad Tölz-Wolfratshausen in Königsdorf stand das Thema „Die Rolle der Kommunen im Reformprozess: Was kommt auf Gemeinden und Städte durch Hartz IV zu?“ KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun, Landrat im Kreis Weilheim-Schongau, mahnte dabei eine dringende Entlastung der Kommunen an.

In seinem Rechenschaftsbericht bezeichnete der einstimmig wiedergewählte KPV-Kreisvorsitzende Werner Weindl - Stellvertreter sind die Tölzer Stadträtin Hilde Fruth und der Sachsenkammer Gemeinderat Wolfgang Ludwig - die derzeitige Situation in der Kommunalpolitik als „spannend, aber auch sehr schwierig“. Hartz IV, diverse Steuerreformen und die Einführung des G8 hätten die Kommunen in eine schwierige finanzielle Lage gebracht. Ein Ergebnis „dilettantischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene“, wie der Lengrieser Bürgermeister betonte.

### Verwaltungsreform

Zukunftsperspektiven soll wenigstens bei den Kommunen längerfristig die Verwaltungsreform im Freistaat schaffen. Weindl zufolge muss sie gemacht werden, doch dürfen nicht nur immer Aufgaben nach unten weitergegeben werden. Jetzt müsse auch ein Aufgabenabbau erfolgen. Dies sei eminent wichtig, „weil wir Kommunen es uns nicht mehr leisten können“.

Der KPV-Kreisvorsitzende will in den kommenden Monaten ein weiteres Thema in einer offenen Infoveranstaltung anstoßen, das viele Gemeinden betrifft: Das neue kommunale Finanzwesen. Mit dieser Reform werden künftig betriebswirtschaftliche Elemente in die bisher ausschließlich kameraristisch geprägten Haushalte der Kommunen Einzug halten. Für die Finanzwirtschaft der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke bedeutet dies einen deutlichen Umbruch. Weindl:

„Die Gemeinden müssen sich wappnen.“

KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun bezeichnete die wachsenden Ausgaben für den Sozial- und Pflegebereich als eine der Hauptursachen für das finanzielle Fiasko der Kommunen. Hartz IV habe die Kommunen de facto zu Sozialleistungsträgern gemacht. Dies sei allerdings nie Aufgabe der Kommunen gewesen, erklärte Braun und äußerte erhebliche Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung, die Kosten der Grundsicherung und von Hartz IV abzugleichen. Die seinerzeit anstehende neue Steuerschätzung verstärkte seine Skepsis. Braun bezeichnete Finanzminister Eichel als einen Mann, der „eh nichts hat“.

### Neuer Zuschnitt

Durch die Verwaltungsreform erhofft sich der Landesvorsitzende bessere Rahmenbedingungen. Bei einem Abbau der Personaldecke müssten gleichzeitig die Aufgabenbereiche der Kommunen neu zugeschnitten werden.

CSU-Kreisvorsitzender Martin Bachhuber blies ins gleiche Horn: Der sprunghafte Anstieg an Sozialhilfeempfängern und die damit verbundenen Mehrausgaben seien ohne zusätzliche finanzielle Mittel nicht mehr zu schultern. Bis 2014 sollen die Fallzahlen jährlich mindestens um acht Prozent steigen - „eine unheimlich große gesellschaftspolitische Herausforderung“, wie Martin Bachhuber zum Abschluss bemerkte. DK

gen, weil sie mühsam ist und viel Geduld erfordert“.

Auch in der Geschichtsforschung sollte nach Auffassung Heydenreuters das Subsidiaritätsprinzip zwingend sein. Erst wer sich im historischen Detail und am Menschen bewährt habe, solle sich um die

größeren Strukturen kümmern. Mit fertigen Ideologien und Lösungen an die Geschichte heranzugehen, sei eine Erbsünde, „vor der uns nur die Detailforschung erlösen kann“. Heimatforschung sei Detailforschung. Sie lege die Grundlagen für ein nüchternes Geschichtsverständnis, das beim Menschen und den kleinen Einheiten (Gemeinden, Städte) beginnt. Und was sei die globale Welt zunächst anderes als eine Summe einzelner Menschen und dieser kleinen Einheiten?

### Emotionen und Bilder

Heimatpflegerin Dr. Karin Dengler-Schreiber wies darauf hin, dass regionale Identität durch Emotionen und Bildern entstehe, unverwechselbaren Bildern. „die in unserem Kopf das Muster Heimat formen und Emotionen wie Zuneigung, Stolz und Verantwortungsgefühl“. Anonyme gesichtslose Gegenstände, Gebäude oder Stadtansichten, verursachten weder Bilder noch Emotionen. Diese wüchsen nur im Zusammenhang mit Individuen, „die aber wiederum nicht nur Highlights haben“. Entscheidend sei letztlich das Netz aus Großem und Kleinem, aus Nähe und Weitblick, so Dr. Dengler-Schreiber.

### Wohin aus dem Woher

Abt Dr. Odilo Lechner OSB, stellte abschließend fest, dass der Mensch ohne Beheimatung, ohne Verwurzelung nicht leben kann; nur aus dem Woher finde er sein Wohin. So werde Heimat nicht ein Festhalten der Vergangenheit, sondern Aufbruch aus der geschichtlichen Erinnerung hinein in die Zukunft. Heimat werde somit nicht nur etwas

Vorgegebenes, sondern immer auch durch freie Entscheidung Gewähltes. In dieser Ausrichtung auf Künftiges sei für den Glaubenden auch die absolute Zukunft mit intendiert. Alle Beheimatung auf Erden weise, wenn sie sinnvoll gewählt und dem Verfall der Vergänglichkeit entrisen werden soll, „auf den Heimgang, die endgültige Beheimatung hin“. DK

## Erholungsort Bad Endorf

Innenstaatssekretär Georg Schmid hat in Bad Endorf (Landkreis Rosenheim) die Anerkennungsurkunde als Erholungsort für die Ortsteile Bach, Batterberg, Daumberg, Gaben, Hartmannsberg, Hemhof, Lemberg, Pelham, Rankham, Schlicht, Stephanskirchen und Thal überreicht. Wie der Staatssekretär hervorhob, hat der Markt Endorf unermüdlich an der Erfüllung aller Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung gearbeitet. Schmid: „Die heutige Anerkennung weiterer Ortsteile als Erholungsort rundet die Bedeutung Bad Endorfs als lang anerkanntes Bad und wunderschöne Fremdenverkehrsgemeinde ab.“

Für den Markt Bad Endorf sei die offizielle Urkunde nicht nur Anerkennung und Bestätigung für die vergangenen Bemühungen, „sondern auch Ansporn gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Tourismus verantwortungsvoll fortzuentwickeln“, betonte Staatssekretär Schmid abschließend. DK

# Auf dem Weg zum gläsernen Patienten?

KPV Nürnberger Land diskutierte über geplante Gesundheitskarte

Die KPV Nürnberger Land informierte interessierte Kommunalpolitiker und beruflich im Gesundheitssektor Tätige in Feucht über die geplante Einführung der Gesundheitskarte und der elektronischen Gesundheitsakte zum Jahr 2006. Mit der Frage „Macht uns die elektronische Gesundheitskarte alle zum gläsernen Patienten?“ begrüßte der Kreisvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Werner Kundörfer, den Referenten der Informationsveranstaltung Dr. Armin Sternitzke, der beruflich an der Einführung der Karte beteiligt ist und als Bezirksvorsitzender den Gesundheitspolitischen Arbeitskreis der CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach leitet.

Die Einführung der Karte - nach aktuellen Planungen voraussichtlich zum 1. Januar kommenden Jahres - ist Teil des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes, das bereits die Praxisgebühr gebracht hat. Die neue Karte soll die bisherige Krankenkassenkarte ablösen und durch die konsequente Nutzung elektronischer Datenspeicherung und -übermittlung Kosten sparen helfen.

## Freiwilligkeit

Die neue Karte, so Armin Sternitzke einleitend, wird als Mikroprozessorkarte neben ihren administrativen Funktionen auch medizinische Daten verfügbar machen. Dieser medizinische Teil soll jedoch nur auf freiwilliger Basis genutzt werden können. Jeder Versicherungsnehmer, also auch mitversicherte Familienangehörige,

erhalten eine eigene Gesundheitskarte.

## Verbesserte Dienstleistung

Zentrales Ziel ist die qualitative Verbesserung der medizinischen Versorgung. So könne im Notfall oder beim Arztwechsel durch die schnelle Verfügbarkeit medizinischer Daten eine qualitativ bessere Behandlung erreicht und die Verschreibung ungeeigneter Arzneimittel reduziert werden. Daneben werde die patientenorientierte Dienstleistung verbessert, etwa durch einen raschen Überblick über Blutgruppe, Impfungen, Allergien, chronische Erkrankungen, Dialyse oder Vorsorgeuntersuchungen.

Durch die Reduzierung von wiederholter Anamnese und Doppeluntersuchungen sowie einem schnelleren Überblick über den Gesundheitsstatus des

Patienten erwarten die Gesetzgeber, dass den behandelnden Ärzten mehr Zeit für den Patienten zur Verfügung steht.

Im administrativen, d.h. verpflichtenden Teil der Karte sind Versicherungsangaben wie auf der bisherigen Krankenversicherungskarte gespeichert. Auf der Rückseite ist die Berechtigung vermerkt, im europäischen Ausland behandelt zu werden. Verschriebene Medikamente werden ebenfalls elektronisch gespeichert und in der Apotheke ausgelesen.

## Kosten sparende Rezeptübertragung

Der Referent sprach von einer ebenso Kosten sparenden wie papierlosen Übertragung des Rezeptes. Zusätzliche Gesundheitsinformationen wie aktuelle Diagnosen, Röntgenuntersuchungen, Operationen, Arztbriefe, aber auch Patientenquittungen (die man übrigens schon jetzt beim Arzt direkt anfordern kann), d. h. vom Arzt erbrachte Leistungen finden auf dem Speicherchip ebenfalls Platz, sofern der Patient ihre Nutzung freigibt.

## Sicherheitskonzept

Ein umfassendes Sicherheitskonzept soll den Schutz besonders sensibler Daten garantieren. So kann die Gesundheitskarte nur in Verbindung mit einem elektronischen Arztausweis nutzbar gemacht und die Daten ausgelesen werden. Ein Missbrauch wird durch ein Lichtbild ausgeschlossen.

Der Patient kann selbst bestimmen, welche Daten gelesen oder gelöscht werden sollen. Die elektronische Gesundheitskarte als Bindeglied zwischen Ärzten, Krankenhaus und Apothekern ist nach Aussage des Referenten ein Schlüsselprojekt des deutschen Gesundheitswesens. Ihre Einführung wird über eine Milliarde Euro kosten und mindestens zwei Jahre dauern.

## Datenschutz im Visier

Die anwesenden Gäste nutzten die Gelegenheit zur angeregten Diskussion und setzten hinter den Spureffekt einerseits und die Datensicherheit insbesondere bei Nutzung des freiwilligen Teils der Karte andererseits einige deutliche Fragezeichen. Insbesondere einige datenschutzrechtliche Fragen scheinen ein dreiviertel Jahr vor der geplanten Einführung der Karte noch immer ungeklärt.

## Praktikable Anwendung auch für Ältere

Besonders am Herzen lag den Kommunalpolitikern aber die Praktikabilität einer so vergleichsweise komplexen Anwendung für ältere Menschen. So wurde bezweifelt, dass die Einführung der Gesundheitskarte und die dafür notwendige zusätzliche Geheimzahl, die sich jeder Patient einprägen muss, für diesen Personenkreis eine Erleichterung darstellt.

Es bleibt eine Fülle offener Fragen an die verantwortlichen Politiker im Berliner Gesundheitsministerium, vor deren Lösung - so der Tenor der Anwesenden - an eine breite Einführung eigentlich nicht zu denken ist. KPV-Kreisvorsitzender Werner Kundörfer kündigte an, dieses Thema zu gegebener Zeit wieder aufgreifen zu wollen. **wk**



KPV-Kreisvorsitzender Werner Kundörfer (r.) mit Referent Dr. Armin Sternitzke.

## Neues Programm der Schwabenakademie Irsee

Irsee (pm). Seit Herbst 1998 bietet die Schwabenakademie Irsee, eine gemeinsame Einrichtung des Bezirks Schwabens und des Schwäbischen Volksbundesverbandes, eine Tagungsreihe zum Thema „Sterben, Tod und Jenseitsglaube“ an. Inzwischen findet dieses Projekt weit über Schwaben hinaus und sogar auf internationaler Ebene Anerkennung.

„Die Schwabenakademie gehört zu den ganz wenigen Veranstaltungen in Deutschland, die diese Thematik auf wissenschaftlich fundiertem Niveau behandelt, ohne dabei im engeren Sinne weltanschauliche Interessen zu verfolgen“, betont Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert, der zugleich auch Vorsitzender des Zweckverbandes Schwabenakademie ist.

Auch im neuen Programm für das zweite Halbjahr 2005, das nun vorliegt, wird dieses Projekt fortgeschrieben. So findet dazu eine internationale Tagung über Testamente als Quellen für die Auseinandersetzung des Menschen mit den sogenannten letzten Dingen statt, außerdem folgt eine Publikation über die Geschichte der Friedhofsanlagen und deren Veränderungen zu

Beginn des dritten Jahrtausends.

Darüber hinaus bietet die Schwabenakademie in Kloster Irsee, die sich als Einrichtung zur Förderung von Bildung und Kunst, Wissenschaft und Forschung, verbunden mit der Stärkung der kulturellen Identität des Bezirks Schwabens, versteht, ein weitgefächertes, anspruchsvolles Programm.

Kulturelle Höhepunkte werden erneut das Autorentreffen „Irseer Pegasus“ im Januar 2006, die Sommerakademie der Schönen Künste im Juli und August dieses Jahres sowie natürlich das hochkarätige Musikfestival „Klang & Raum“ im September sein. Das Programm der Schwabenakademie in Kloster Irsee kann telefonisch unter 08341/906-661 oder per Fax 08341/906-669 angefordert werden. **wk**

## Vorschau auf GZ 11

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 11, die am 9. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≪ Kommunalfahrzeuge
- ≪ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ≪ Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude